

Das Euro-Desaster

Wie verblendete Politiker Europa ruinieren und unsere Demokratie zerstören

Matthias Elbers

EXPOSEE

Die Eurokrise ist mehr als eine bloße Staatsschuldenkrise. Es handelt sich um eine umfassende Strukturkrise der Gemeinschaftswährung. Die Politiker blenden diese Tatsache beharrlich aus. An der Währungsunion soll unverändert festgehalten werden – koste es, was es wolle. Dieser Aufsatz zeigt die wahren Ursachen der Eurokrise auf und arbeitet die enormen volkswirtschaftlichen Kosten heraus, die das Währungsexperiment bisher verursacht hat und weiter verursachen wird, wenn kein Umdenken stattfindet. Sollte die Politik mit ihren verfehlten Rettungsmanövern fortfahren, drohen nicht nur finanzielle, sondern auch massive politische Verwerfungen. Die Eurokrise hat das Zeug, die Fundamente, auf denen unser Gemeinwesen ruht, zu zerstören. Die Lage ist ernst: Demokratie, Rechtsstaat, Frieden und wirtschaftliches Wohlergehen sind in Gefahr.

■

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Wie der Euro die Wirtschaft Europas zerrüttet hat	3
<i>Die wahren Ursachen der Eurokrise</i>	4
<i>Der Hauptverlierer des Euros: Deutschlands Mittelschicht</i>	7
<i>Leistungsbilanzdefizite, schlechtes Geld und TARGET2-Salden</i>	9
<i>Explodierende TARGET2-Salden: die verheimlichte Hauptgefahr</i>	12
<i>Der Euro und die Umverteilung von der Mitte nach ganz oben</i>	14
Kapitel 2: Warum alle Rettungsversuche stets scheitern	16
<i>EFSF, ESM und Eurobonds</i>	18
<i>Mogelpackung Fiskalpakt</i>	23
<i>Der ESM und die Aushöhlung des parlamentarischen Budgetrechts</i>	23
Kapitel 3: Wie die Krise weitergehen wird – mögliche und wahrscheinliche Szenarien	27
<i>Transferzahlungen</i>	27
<i>Absenkung des Preis- und Lohnniveaus in den Krisenstaaten</i>	29
<i>Wiedereinführung nationaler Währungen</i>	32
<i>Anhebung des Preis- und Lohnniveaus in den Kernstaaten über Inflation</i>	33
<i>Das wahrscheinliche Szenario</i>	35
<i>Alternativen</i>	37
Kapitel 4: Wie das Festhalten am Euro Demokratie, Frieden und Rechtsstaat zerstört	40
<i>Wie der Euro den Frieden in Europa bedroht</i>	41
<i>Vorwärts in die Vergangenheit: Der Gang in die Postdemokratie</i>	45

Das Euro-Desaster

Wie verblendete „Eliten“ Europa ruinieren und unsere Demokratie zerstören

Die Eurokrise ist mehr als eine bloße Staatsschuldenkrise. Es handelt sich um eine umfassende Strukturkrise der Gemeinschaftswährung. Die Politiker blenden diese Tatsache beharrlich aus. An der Währungsunion soll unverändert festgehalten werden – koste es, was es wolle. Dieser Aufsatz zeigt die wahren Ursachen der Eurokrise auf und arbeitet die enormen volkswirtschaftlichen Kosten heraus, die das Währungsexperiment bisher verursacht hat und weiter verursachen wird, wenn kein Umdenken stattfindet. Sollte die Politik mit ihren verfehlten Rettungsmanövern fortfahren, drohen nicht nur finanzielle, sondern auch massive politische Verwerfungen. Die Eurokrise hat das Zeug, die Fundamente, auf denen unser Gemeinwesen ruht, zu zerstören. Die Lage ist ernst: Demokratie, Rechtsstaat, Frieden und wirtschaftliches Wohlergehen sind in Gefahr.

Kapitel 1: Wie der Euro die Wirtschaft Europas zerrüttet hat

Als im Herbst 2011 Zehntausende ihrem Unmut über die Euro-Krise Luft machten und in Europas Metropolen gegen „Bankster und Spekulanten“ auf die Straße gingen, beteiligten sich Europas Politiker rege an diesem Kesseltreiben. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte großes Verständnis für die Proteste. Die Politiker haben ihre Gründe für solche Manöver, denn in Wahrheit geht die Eurokrise vor allem auf ihre Kappe. Neben dem Motiv, vom eigenen Versagen abzulenken, ist aber auch ein gerütteltes Maß an

Realitätsverweigerung im Spiel. Nach wie vor begreifen große Teile der Politik die Eurokrise als bloße Staatsschuldenkrise. Die Politiker tun so, als müsse nur die Schuldentragfähigkeit der Krisenstaaten wiederhergestellt werden, damit alles wieder ins Lot kommt.

Tatsächlich geht die Krise aber viel tiefer, denn im Kern handelt es sich bei der Eurokrise nicht um eine Staatsschuldenkrise, sondern um eine Zahlungsbilanzkrise mehrerer europäischer Volkswirtschaften. Diese Zahlungsbilanzkrise wurde durch hohe Leistungsbilanzdefizite ausgelöst und in der Folge durch Kapitalflucht weiter verschärft. Oder mit einfachen Worten ausgedrückt: In jedem der Krisenländer hat nicht nur der Staat, sondern die gesamte Volkswirtschaft dauerhaft über ihre Verhältnisse gelebt und mehr ausgegeben als eingenommen, bis schließlich kein Geld mehr da war, um die vielen Importe aus dem Ausland zu bezahlen. Die Staatsschuldenkrise ist nur ein Teilaspekt dieser Zahlungsbilanzkrise. Das Brisante dabei: Die Leistungsbilanzdefizite der Krisenstaaten sind das unmittelbare Ergebnis des politischen Projekts Europäische Währungsunion. Der Euro selbst ist das Problem – doch diese Wahrheit auszusprechen ist in Deutschland tabu.

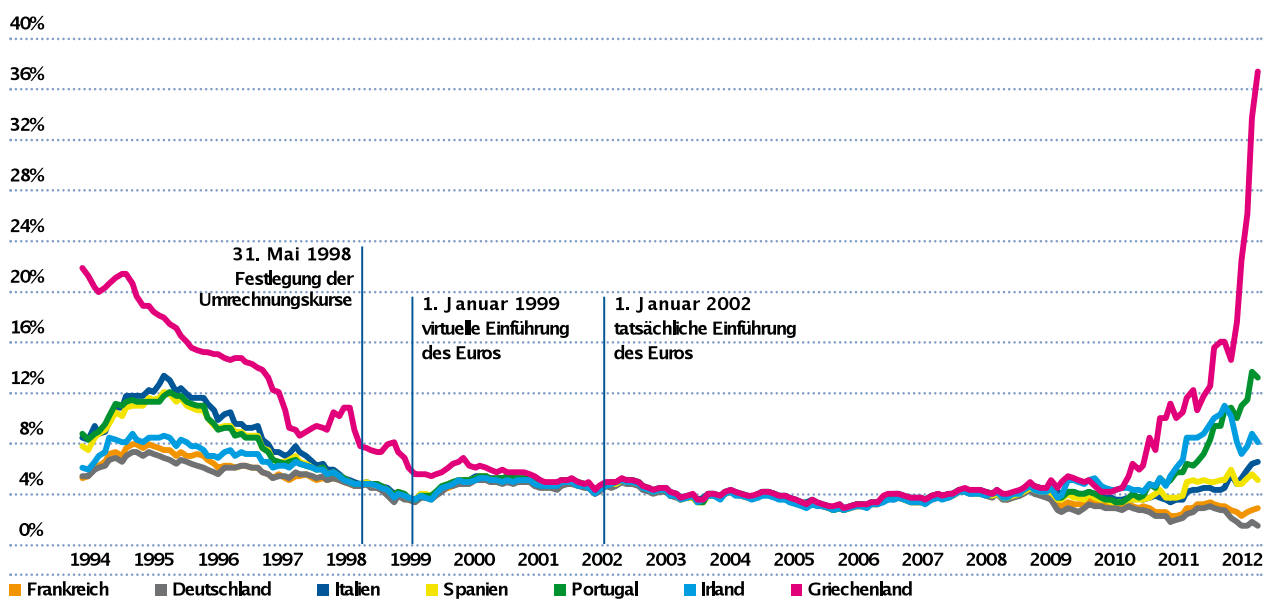
Die wahren Ursachen der Eurokrise

Um zu verstehen, wie es zur Eurokrise kommen konnte, muss man bis in die Mitte der neunziger Jahre zurückgehen, als Europas Politiker den Maastrichtvertrag unterzeichneten. Mit der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion wollten sie ein neues Kapitel der europäischen Einigung aufschlagen. Eines der größten politischen Experimente der Geschichte nahm damals seinen Lauf.

Der Konvergenzprozess zur Schaffung des einheitlichen Währungsraums hatte zur Folge, dass sich die Zinsniveaus in den teilnehmenden Ländern nach 1995 rasch angleichen. Ablesen lässt sich dies an der Entwicklung der Renditen für zehnjährige Staatsanleihen. Diese Wertpapiere sind zentrale Multiplikatoren für das allgemeine Zinsniveau in einem Land. Noch 1995

hatten die Renditen für die zehnjährigen Staatsanleihen Italiens, Portugals, Spaniens und Irlands deutlich über der Rendite zehnjähriger Staatsanleihen Deutschlands gelegen. Aber schon 1998 waren die Renditen jener Papiere praktisch auf demselben Niveau angelangt wie die Rendite für Bundesanleihen. Ab 2001 galt das auch für die zehnjährigen Staatsanleihen Griechenlands (siehe Grafik 1). In dieser Angleichung der Zinsniveaus wurzeln die Probleme, die den europäischen Politikern nun über den Kopf wachsen. Die Angleichung der Zinsniveaus war mehr als nur ein einfacher technischer Vorgang. Sie war eine umfassende Gleichschaltung strukturell höchst unterschiedlicher Volkswirtschaften.

Grafik 1: Zinskonvergenz und Zinsdivergenz im Euroraum



Quelle: Reuters Ecowin; Griechenland (1994-1997): Eurostat; Zusammenstellung: ifo-Institut, Der Neue Kämmerer

Die Weichwährungsländer in der Peripherie der Eurozone hatten bis dahin regelmäßig mit der Abwertung ihrer Währungen gegen das Leistungsbilanzdefizit angekämpft, das ihnen aus ihren höheren Inflationsraten erwuchs. Gläubiger waren aus diesem Grund nur dann bereit gewesen, Kredite in Pesetas, Lire, Escudos, irischen Pfund oder Drachmen zu gewähren, wenn sie für die drohenden Wechselkursverluste eine

Kompensation in Form eines Zinsaufschlags erhielten. Mit der Einführung der einheitlichen europäischen Währung entfiel dieses Wechselkursrisiko und damit verschwand auch der entsprechende Zinsaufschlag. Außerdem sahen die Regulierungsvorschriften vor, dass die Banken für Staatsanleihen der Euroländer kein Ausfallrisiko ansetzen und dementsprechend auch kein Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten mussten. Und die Europäische Zentralbank (EZB) machte keinen Unterschied bei der Behandlung der Euro-Staatsanleihen, die Geschäftsbanken als Sicherheiten einreichten, um sich Geld zu leihen. Das machte die Staatsanleihen der schwächeren Eurostaaten für die Banken genauso attraktiv wie Bundesanleihen. Die Konsequenz: Die Zinsniveaus in den verschiedenen Euroländern sanken rasch auf das niedrige deutsche Niveau. Dadurch aber waren Kredite in den einstigen Weichwährungsländern plötzlich billig wie nie zuvor – und sowohl die Staaten als auch die Privaten griffen zu. Riesige Kapitalimporte lösten in den Peripherieländern einen Boom aus. In Griechenland und in Portugal ging die Initialzündung dafür vom öffentlichen Sektor aus. Beide Länder blähten ihre Verwaltung auf und zahlten ihren Staatsdienern Jahr für Jahr höhere Gehälter und Pensionen. In Irland und Spanien war dagegen der Privatsektor der Auslöser. Häuslebauer und Investoren sorgten für eine zehnjährige Bonanza im Immobiliensektor. In allen diesen Ländern sprangen die so erzeugten Nachfrageimpulse rasch auf die Gesamtwirtschaft über. Das allgemeine Lohn- und Preisniveau stieg in den Peripheriestaaten binnen weniger Jahre dramatisch an: In Griechenland von 1995 bis 2009 um 67 Prozent, in Spanien um 57 Prozent, in Portugal um 48 Prozent und in Irland um 47 Prozent. Weil die Kapitalimporte aber in erster Linie der Finanzierung von immer mehr Konsum dienten oder in Preisblasen flossen und nicht für Investitionen im Produktivsektor herangezogen wurden, verschlechterte sich die Konkurrenzfähigkeit der ehemaligen Weichwährungsländer auf dem Weltmarkt immer mehr. In Griechenland beispielsweise wurde der einst bedeutende Textilsektor binnen weniger Jahre ausradiert. Auch die griechische Tourismusbranche verlor gegenüber der Konkurrenz aus der Türkei an Boden. Letzten Endes führte der Euro in den Peripheriestaaten so zu

riesigen Leistungsbilanzdefiziten. Die Importe von Gütern und Dienstleistungen übertrafen die Exporte wertmäßig immer mehr. Im Zeitraum von 2005 bis 2010 belief sich das Leistungsbilanzdefizit Griechenlands auf sagenhafte 12,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das Leistungsbilanzdefizit Portugals betrug im selben Zeitraum 10,9 Prozent des BIP und das Leistungsbilanzdefizit Spaniens 7,7 Prozent. Lediglich Irland wies mit einem Leistungsbilanzdefizit von 3,5 Prozent des BIP einen etwas niedrigeren, doch immer noch problematischen Wert auf. Kurz: Der Euro ermöglichte den Peripheriestaaten, viele Jahre über ihre Verhältnisse zu leben und eine Party auf Pump zu feiern. Zugleich sorgte der Euro dafür, dass in diesen Ländern völlig ungesunde wirtschaftliche Strukturen entstanden.

Der Hauptverlierer des Euros: Deutschlands Mittelschicht

Doch woher kam das Geld für diese Party in den Peripheriestaaten? Es kam vor allem aus Deutschland. Die Zinskonvergenz im Euroraum hatte einen riesigen Kapitalabfluss aus Deutschland zur Folge. Allein zwischen 2002 und 2010 flossen von den 1.626 Milliarden Euro volkswirtschaftlicher Gesamtersparnis 1.072 Milliarden aus Deutschland ab und standen damit für Investitionen im Inland nicht mehr zur Verfügung. Nur rund 227 Milliarden dieser Kapitalexporte entfielen auf Direktinvestitionen deutscher Unternehmen. Der Rest diente vorwiegend der Finanzierung des Konsums auf Pump: in den USA, in Osteuropa, und in den Peripheriestaaten der Eurozone. Die Vermittlung dieses Kapitalexports war das Geschäftsmodell insbesondere der deutschen Landesbanken. Für kleinste Zinsdifferenzen wurde das Geld ins Ausland gekarrt.

Die großen Verlierer dieser Umlenkung der Kapitalflüsse: die Mittelschicht in Deutschland. Der vom Euro ausgelöste Kapitalabfluss wirkte wie eine massive Wachstumsbremse. Hinzu kam, dass der EZB-Leitzins in den Jahren nach 2000 für Deutschland zu hoch war. Das nahm der schwächelnden deutschen Volkswirtschaft die Luft zum atmen. Für

Griechenland, Irland, Portugal und Spanien war der Leitzins dagegen zu niedrig. Dadurch wurde dort dem inflationären Auftrieb von Preisen und Löhnen Raum gegeben. Diese doppelte Abweichung der Geldpolitik der EZB von den Leitzinsbedürfnissen der einzelnen Länder ist bis zum heutigen Tage für die Eurozone charakteristisch. Darin drückt sich letztlich die strukturelle Heterogenität des Währungsraums aus. Diese Heterogenität führt zu stark divergierenden Anforderungen der Mitgliedsländer an die Geldpolitik. Die EZB kann diesen divergierenden Anforderungen nicht nachkommen, da sie nur einen Leitzins setzen kann. In ihrer Not behilft sie sich damit, ihre Zinspolitik am Durchschnittswert der Inflation in der gesamten Eurozone auszurichten.

Mittlerweile haben sich die Vorzeichen in Sachen Leitzinsdivergenz umgekehrt. Heute ist der EZB-Leitzins für die Krisenstaaten zu hoch und für Deutschland zu niedrig. In der Zeit nach 2000 war das aber noch anders. Damals schnürten der zu hohe Leitzins und der Kapitalabfluss der deutschen Volkswirtschaft die Kehle ab. Nach dem Platzen der Dot-Com-Blase wurde Deutschland so zum kranken Mann Europas. Die Bundesrepublik hatte mit hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation zu kämpfen. Deutschland wies von allen OECD-Staaten das geringste Wachstum auf. Im Zuge dieser Krise mussten die Arbeitnehmer sogar Reallohnseinbußen hinnehmen. Die Gewerkschaften waren zu weitreichenden Zugeständnissen bereit und übten Lohnzurückhaltung. Dadurch blieben die Lohnabschlüsse hinter der mäßigen Inflation zurück und die Arbeitnehmer hatten effektiv weniger in der Tasche. Aber auch die öffentliche Hand war betroffen. Geringeres Wachstum bedeutete geringere Steuereinnahmen. Vor allem die Kommunen konnten deshalb weniger in ihre Infrastruktur investieren. Die Folgen sind in Gestalt maroder Straßen, baufälliger Schulen und fehlender Kindergartenplätze heute vielerorts sichtbar.

Das Mantra, Deutschland habe wie kein anderes Land vom Euro profitiert, ist angesichts dieser Tatsachen eine groteske Verdrehung der Realität. Hätte es den Euro nie gegeben, würde das durchschnittliche Realeinkommen der deutschen Arbeitnehmer und kleinen Selbständigen

heute um 15 bis 20 Prozent höher liegen. Für Deutschland dürfte der Euro Summa summarum schon vor der Krise ein Verlustgeschäft in Billionenhöhe gewesen sein. Doch auch hierzulande gab es Euro-Gewinner. Die Exportwirtschaft profitierte von der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und von den sinkenden Reallöhnen. Sie gewann durch die Roskur der Agenda 2010 erheblich an Wettbewerbsfähigkeit. Die Stärke des Exportsektors bewahrte das Land vor dem vollständigen Abstieg. Aber dieser Teilerfolg ist teuer erkauft, denn die Mittelschicht blutet aus. Sie hat in den zurückliegenden 12 Jahren die Hauptlast des Euroexperiments tragen müssen. Konsumverzicht und Aufschub der Familiengründung waren und sind ihre Bewältigungsstrategie. Ihren Ausdruck findet diese Entwicklung in der chronischen Schwäche der deutschen Binnenwirtschaft. Problematisch sind aber vor allem die langfristigen Folgen: Die soziodemographischen Effekte des „Modells Deutschland“ werden dieses Land in 20 Jahren einholen.

Leistungsbilanzdefizite, schlechtes Geld und TARGET2-Salden

Gegenwärtig scheint die Lage hierzulande jedoch keineswegs verfahren. Deutschland ist bisher gut durch die Krise gekommen. Aber nur, weil der Kapitalexport aus Deutschland zurückgegangen ist, seitdem die Kreditgeber die Schuldenorgie in Südeuropa seit 2007 skeptisch beurteilen. Seit dem Lehman-Bankrott im September 2008 traut sich das Kapital endgültig nicht mehr aus Deutschland heraus. Deutschland strömt sogar Kapital aus dem Ausland zu, die Bundesrepublik gilt als sicherer Hafen. Das Ergebnis ist ein kleiner Boom in der Krise, denn dort, wo das Kapital ist, wird investiert und Wachstum generiert.

Spiegelbildlich versiegten ab 2007 die privaten Kapitalströme in die Peripheriestaaten. Durch die internationale Finanzkrise aufgeschreckt schauten Banken und Investoren aus Deutschland und anderen Ländern genauer hin, was mit ihrem Geld in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland eigentlich geschah. Als sie feststellten, dass dort genau wie in den USA

vorwiegend Konsum auf Pump und unsolide Projekte finanziert wurden, drehten sie den Geldhahn zu. Privates Kapital aus dem Ausland fließt seitdem nur noch gegen drastische Risikoaufschläge in die Peripheriestaaten. Doch dort wusste man sich zu helfen: Bildlich gesprochen haben die nationalen Notenbanken der PIGS-Staaten Portugal, Irland, Griechenland und Spanien einfach die Notenpresse angeworfen, um so die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite weiter zu ermöglichen. Das Ganze begann 2007 mit dem Segen der EZB und geschah lange still und heimlich. Es klingt unglaublich, doch es ist die Wahrheit: Gegen Sicherheiten immer schlechter werdender Qualität versorgen die nationalen Notenbanken der PIGS-Staaten seit 2007 ihren Geschäftsbankensektor mit Liquidität. Mit diesem gegen minderwertige Sicherheiten geschöpften Geld kaufen Spanier, Griechen, Iren und Portugiesen per Überweisung seitdem all jene Güter und Dienstleistungen im Ausland, deren Kosten sie nicht durch eigene Exporte von Gütern und Dienstleistungen erwirtschaften können. Doch damit nicht genug. Das gegen minderwertige Sicherheiten geschöpfte Geld dient auch der Kapitalflucht aus den PIGS-Staaten. Anleger, die in den PIGS-Staaten investiert haben, den Geschäftsmodellen dieser Volkswirtschaften inzwischen aber nicht mehr trauen, erwerben mit dem „schlechten“ Geld Vermögensgegenstände in den Kernstaaten der Eurozone, die gutes Geld wert sind. So haben in den zurückliegenden Jahren beispielsweise vermögende Griechen in großem Stil Immobilien in den deutschen Ballungszentren erworben.

Auf diese Weise strömen über das Transeuropäische System zur grenzüberschreitenden Abwicklung des Zahlungsverkehrs namens TARGET2 seit 2007 riesige Mengen Zentralbankgeld aus den PIGS-Staaten nach Deutschland. Seit Sommer 2011 hat zudem eine massive Kapitalflucht aus Italien und Frankreich eingesetzt, die diesen Strom noch weiter anschwellen ließ. Die deutsche Volkswirtschaft schwimmt deshalb in Geld aus der Europeripherie. Mittlerweile stammen über zwei Drittel der Zentralbankgeldmenge im gesamten Euro-System aus den PIGS-Staaten, obwohl auf diese nur 18 Prozent der Wirtschaftsleistung entfallen. Das viele Zentralbankgeld aus den Peripherieländern hat mittlerweile sogar dazu

geführt, dass der deutsche Geschäftsbankensektor zum Nettogläubiger der Bundesbank geworden ist – eine historisch noch nie dagewesene Situation. Deutschlands Geschäftsbanken müssen nicht mehr Kredite bei der Bundesbank aufnehmen, um über Liquidität zu verfügen. Stattdessen parken sie ihrerseits riesige Mengen Zentralbankgeld bei der Bundesbank, weil sie nicht mehr wissen wohin damit.

Die Bundesbankbilanz hat aber nicht nur auf der Passivseite eine bemerkenswerte Wandlung erfahren, sondern auch auf der Aktivseite: Im Zuge der Abwicklung all jener Zahlungsvorgänge, die dem permanenten Nettozustrom von Zentralbankgeld aus anderen Euroländern nach Deutschland zugrunde liegen, erhält die Bundesbank im Rahmen des TARGET2-Systems Forderungen in Höhe dieses Nettozustroms gegen die EZB. Die EZB wiederum hat entsprechende Forderungen gegen die Notenbanken der Peripherieländer angehäuft. Noch Anfang 2007 schwankten die TARGET2-Salden aller Euroländer jeweils auf niedrigem Niveau um Null. Mit dem Versiegen der privaten Kapitalströme Mitte 2007 explodierten dann die TARGET2-Salden. Ende Mai 2012 lagen die TARGET2-Forderungen der Bundesbank bei 698,6 Milliarden Euro. Die TARGET2-Verbindlichkeiten der PIGS-Staaten betragen Ende April 571,7 Milliarden Euro, rechnet man Italien und Frankreich noch hinzu, waren es sogar 897,9 Milliarden Euro – Tendenz weiter steigend. Das Problem dabei ist, dass die TARGET2-Forderungen der Bundesbank gegenüber der EZB irgendwann zu einem erheblichen Anteil abgeschrieben oder durch Inflation entwertet werden müssen, weil ihr Gegenstück, die Forderungen der EZB gegen die nationalen Notenbanken der PIGS-Staaten, unter den Bedingungen eines stabilen Geldwerts zu großen Teilen uneinbringlich sind. Uneinbringlich sind diese Forderungen deshalb, weil die nationalen Notenbanken der PIGS-Staaten in erheblichem Umfang auf faulen Krediten sitzen, die sie seit 2007 auf Geheiß ihrer nationalen Regierungen und mit Duldung und Unterstützung der EZB an die Geschäftsbanken in ihren Ländern vergeben.

Explodierende TARGET2-Salden: die verheimlichte Hauptgefahr

Dem Chef des Ifo-Instituts, Professor Hans-Werner Sinn, gebührt der Verdienst, als erster auf den Zusammenhang von Leistungsbilanzdefiziten, Geldschöpfung gegen schlechte Sicherheiten und dem Anschwellen der TARGET2-Salden hingewiesen zu haben. Sinn war vom ehemaligen Bundesbankpräsidenten Schlesinger auf den bis dato weithin unbeachteten Posten „TARGET2-Forderungen“ in der Bilanz der Bundesbank aufmerksam gemacht worden. Schlesinger konnte sich auf diesen plötzlich immer größer werdenden Bilanzposten damals keinen rechten Reim machen. Sinn ging der Sache nach. Er musste Detektivarbeit leisten, denn weder die EZB noch die Bundesbank waren an Transparenz interessiert. Professor Sinn publizierte seine Erkenntnisse erstmals im Frühjahr 2011. Sinns Gegner waren in der Folgezeit bestrebt, den dramatischen Befund zu bagatellisieren und Sinn als Panikmacher zu diskreditieren. Diese Stimmen sind mittlerweile verstummt, aber bis zum heutigen Tag werden in Sachen TARGET2-Salden von interessierten Kreisen Nebelkerzen gezündet. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Ökonomen dürfte allerdings Sinns Sicht der Dinge in allen wesentlichen Punkten teilen. Das tut mittlerweile auch Bundesbankpräsident Jens Weidmann, der im Februar 2012 in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und auf der Jahresbilanzpressekonferenz der Bundesbank auf die TARGET2-Salden eingegangen ist und in diesem Zusammenhang vor allem vor den Gefahren gewarnt hat, die durch die Aufweichung der Qualitätsanforderungen für die Besicherung von Notenbankkrediten in den Peripheriestaaten entstanden sind und weiterhin entstehen.

Die Politik hierzulande schweigt über den Problemkomplex Leistungsbilanzdefizite, Geldschöpfung gegen schlechte Sicherheiten und TARGET2-Salden jedoch immer noch beharrlich. Sowohl die Koalitionsparteien als auch die Opposition machen seit mehr als einem Jahr um dieses Giga-Thema einen weiten Bogen. Noch abenteuerlicher muten die Verrenkungen an, mit denen sich die Bundesregierung um die unangenehme Wahrheit herumzudrücken versucht. Auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten

Peter Gauweiler (CSU), was es mit den TARGET2-Salden auf sich habe, antwortete das Bundesfinanzministerium Ende März 2012 sinngemäß, dass es sich bei den TARGET2-Salden um bloße Verrechnungsposten handle, denen keine größere Bedeutung zukäme und die irgendwann schon wieder von selbst verschwinden würden.

Diese Antwort des Bundesfinanzministeriums stellt eine bewusste Täuschung des Parlaments und der Öffentlichkeit dar. Tatsächlich handelt es sich bei den TARGET2-Salden um keine bedeutungslosen Luftnummern, wie das Bundesfinanzministerium glauben machen will. Den TARGET2-Forderungen der Bundesbank entsprechen reale Transfers von Ressourcen. Seit 2007 kaufen Griechen, Portugiesen, Iren, Spanier, Italiener und Franzosen per Saldo deutsche Güter, Dienstleistungen und Vermögenswerte, indem sie dafür via Euro-System bei der Bundesbank anschreiben lassen. Der positive TARGET2-Saldo der Bundesbank ist de facto ein Zwangskredit an die Volkswirtschaften der Peripheriestaaten in dreistelliger Milliardenhöhe: Die Peripheriestaaten können diesen Kredit einfach ziehen. Die einzige Restriktion sind die Standards für die Besicherung von Notenbankkrediten durch die Geschäftsbanken. Diese Standards werden allerdings seit 2007 von der EZB immer weiter aufgeweicht. Mittlerweile handelt es sich bei den eingereichten Sicherheiten oftmals nur noch um Wertpapier-Schrott. Die Bundesbank kann sich dem Ziehen dieser Kredite nicht widersetzen. Die TARGET2-Forderungen können von der Bundesbank auch nicht fällig gestellt werden, sie weisen einen negativen Realzins auf und sie dürften zu einem Großteil uneinbringlich sein. Darin besteht für die breite Masse der Deutschen Bürger eine große Gefahr! Sobald die Bundesbank TARGET2-Forderungen in größerem Umfang abschreiben muss, läuft sie Gefahr, ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem deutschen Geschäftsbankensektor, der mittlerweile zu ihrem Nettogläubiger geworden ist, nicht mehr erfüllen zu können. Dieser Fall würde eintreten, wenn die EZB ihre Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesbank nicht mehr erfüllen kann, weil sich wiederum ihre Forderungen gegenüber den nationalen Notenbanken der Peripheriestaaten als uneinbringlich herausstellen – etwa bei einem chaotischen Zerfall der Währungsunion. In diesem Fall würden sich

die Spargroschen und die Altersvorsorge der deutschen Bürger in Luft aufzulösen, denn bei den Nettogläubigern der Bundesbank aus dem Geschäftsbankensektor handelt es sich um Institute für das breite Publikum wie die Sparkassen, die Mitte März 2012 allein über 100 Milliarden Euro bei der Bundesbank liegen hatten. Zu einer solchen Insolvenz der Bundesbank würde man es aber kaum kommen lassen. Stattdessen würde bei einer Abschreibung von TARGET2-Forderungen wohl der deutsche Steuerzahler in die Pflicht genommen werden. Dieser müsste die Bundesbank dann rekapitalisieren. Wahrscheinlicher ist allerdings ein anderes Szenario. Dabei wird der Ausfall von TARGET2-Forderungen einfach dadurch vermieden, dass die EZB den eigentlich insolventen Banken in den Peripheriestaaten immer wieder neue Notkredite gewährt und die bestehenden Forderungen durch die damit einhergehende Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zugleich entwertet. Tatsächlich hat die EZB bereits erste derartige Operationen durchgeführt – dazu unten mehr. Die Folge dieser Geldpolitik der EZB ist die Enteignung der Sparer durch Inflation. So oder so, die deutsche Mittelschicht bekommt die gewaltige Rechnung in dreistelliger Milliardenhöhe für den Konsum auf Pump in den Peripheriestaaten erst noch präsentiert. Und diese Rechnung wird mit jedem Tag länger, denn weder die Regierungskoalition noch die Opposition im Bundestag scheinen gewillt, dieses Problem auch nur zu diskutieren.

Der Euro und die Umverteilung von der Mitte nach ganz oben

Das Schweigen des politischen Establishments ist nicht verwunderlich. Stets wurde behauptet, Deutschland sei der große Gewinner des Euros. Die große Mehrheit der deutschen Bürger darf für das missratene Euroexperiment jedoch gleich zweimal teuer bezahlen. Zunächst führte die Einführung des Euros durch die Umlenkung der Kapitalflüsse zu geringerem Wachstum in Deutschland. Für den Durchschnittsbürger haben die verlorenen Jahre nach 2001 bis heute Realeinkommensverluste zur Folge. Das Realeinkommen der deutschen Arbeitnehmer und einfachen Selbständigen würde ohne Euro heute

im Schnitt ca. 15 bis 20 Prozent höher liegen. Doch damit nicht genug. Der deutsche Bürger wird auch noch einen erheblichen Teil der Exporte selber bezahlen müssen, die durch die Absenkung seines Reallohns erst ermöglicht wurden. Der von den Eurobefürwortern immer wieder als Verdienst des Euros angeführte außenwirtschaftliche Erfolg Deutschlands – Stichwort „Exportweltmeister“ – entpuppt sich bei näherem Hinsehen als große Umverteilungsmaschinerie. Der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands im Handel mit den übrigen Eurostaaten im Zeitraum von 2007 bis heute entspricht nämlich ziemlich genau den kumulierten deutschen TARGET2-Forderungen. Per Saldo beruht Deutschlands „Exportwunder“ seit 2007 also knapp zur Hälfte darauf, das reale Güter geliefert und dafür im Gegenzug Zahlungsverprechen entgegengenommen wurden, die sich größtenteils als wertlos herausstellen werden. Mit anderen Worten: Nimmt man die deutsche Volkswirtschaft als Ganzes, hätten die ganzen schönen Autos und Werkzeugmaschinen, die in die übrigen Eurostaaten gingen, auch gleich verschenkt werden können. Für die Kapitaleigentümer des deutschen Exportsektors, zu einem Großteil gar nicht in Deutschland wohnhaft, hatte und hat der Euro aber die tolle Eigenschaft, dass sie ihre Exporte gleich bezahlt bekommen und den Gewinn dann in Vermögensobjekte anlegen können, die größere Sicherheit bieten. Die uneinbringlichen Forderungen bleiben dank des TARGET2-Systems hingegen bei der Bundesbank und damit letztlich beim deutschen Steuerzahler hängen. Gegenwärtig belaufen sich die Risiken allein aus dem TARGET2-System auf über 17.000 Euro pro Erwerbstätigen. Tendenz weiter steigend. Im Ergebnis ist der Euro damit ein riesengroßer Umverteilungsmechanismus. Die Kapitaleigentümer von Unternehmen der Exportindustrie – eine kleine Minderheit – stellen sich auf Kosten der Unter- und Mittelschicht besser. Diese Fakten sollte man im Hinterkopf haben, wenn man die Pro-Euro-Bekundungen der deutschen Exportindustrie und den von ihr dominierten Verbänden richtig einordnen will.

Kapitel 2: Warum alle Rettungsversuche stets scheitern

Oben wurde gezeigt, dass es sich bei der Eurokrise im Kern um eine Zahlungsbilanzkrise mehrerer europäischer Volkswirtschaften handelt. Diese Zahlungsbilanzkrise wurde durch chronische Leistungsbilanzdefizite ausgelöst und in der Folge durch Kapitalflucht weiter verschärft. Durch die Gleichschaltung strukturell höchst unterschiedlicher Volkswirtschaften über den Einheitszins der gemeinsamen Währung kam es seit Mitte der 1990er zunächst zu einer massiven Fehllenkung der Kapitalflüsse und in der Folge zu einem massiven Lohn- und Preisauftrieb in den Peripheriestaaten der Eurozone – eine Entwicklung, die schließlich im vollständigen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder und in der Überschuldung der betroffenen Volkswirtschaften als Ganzes mündete. Seit 2007 ist der Kapitalmarkt aufgrund dieser mangelnden Wettbewerbsfähigkeit und der daraus resultierenden gesamtwirtschaftlichen Überschuldung nicht mehr bereit, den Konsum auf Pump in den Peripheriestaaten weiter zu finanzieren.

Die Problematik überbordender Staatsschulden in den Peripherieländern der Eurozone ist dagegen nur ein Teilaspekt dieser Zahlungsbilanzkrise. Nirgendwo wird das deutlicher als in Spanien. Dort lag die Staatsverschuldung im Jahr 2008 bei 40 Prozent des BIP und damit erheblich niedriger als im „sicheren Hafen“ Deutschland, das 2008 eine Staatsverschuldung von knapp 70 Prozent des BIP aufwies. Selbst 2011 lag die spanische Staatsverschuldung mit gut 67 Prozent des BIP noch deutlich unter dem Wert für Deutschland, der mittlerweile auf rund 80 Prozent des BIP geklettert war. Wäre die Eurokrise primär eine Staatsschuldenkrise, hätte Spanien niemals von dieser Krise erfasst werden dürfen. Tatsächlich haben nicht hohe Staatsschulden Spanien das Genick gebrochen, sondern die exorbitant hohen Schulden der privaten Haushalte und Unternehmen sowie die völlig einseitig auf den Bausektor ausgerichtete Wirtschaftsstruktur.

Auch die Bankenkrise in den Peripherieländern ist nur ein Begleitphänomen der europäischen Zahlungsbilanzkrise. Dass die Zahlungsbilanzkrise mit einer Bankenkrise einhergeht, ist nur logisch. Die gesamtwirtschaftliche Überschuldung schlägt sich natürlich zuerst und vor allem im Geschäftsbankensektor einer Volkswirtschaft nieder. Wenn den Unternehmen, Bauherren und Konsumenten auf breiter Front das Geld ausgeht, und sie ihre Kredite nicht mehr bedienen können, muss das in einer Solvenzkrise des Bankensektors münden.

Man kann es nicht oft genug betonen: Im Gegensatz zur Sub-Prime-Krise, die ausgehend von den USA die Welt in den Jahren nach 2007 in Atem hielt, geht die Eurokrise nicht vom Finanzsektor aus! Zwar tragen auch die Banken eine Mitschuld an der Krise, weil sie über zehn Jahre lang leichtfertig den Kreditfluss in die Peripherieländer organisierten und dort halfen, Immobilienblasen und teure staatliche Ausgabenprogramme zu finanzieren, aber dabei waren sie nur ein Akteur von vielen. Anleger, Häuslebauer, Unternehmer, Gewerkschaften, Konsumenten, Regulierungsbehörden, EZB, Politiker - alle wirkten mit und trugen ihren Teil zum Desaster bei. Entscheidend war, dass es durch den Einheitszins der gemeinsamen Währung zu falschen Preissignalen kam, die die Akteure zu folgenschweren ökonomischen Fehlentscheidungen verleiteten und so zu der verhängnisvollen Fehllenkung der Kapitalflüsse innerhalb der Eurozone führten.

Auch das immer wieder von Politikern und Medienvertretern vorgebrachte Argument, erst die Bankenrettung und Stützungsoperationen im Gefolge der Sub-Prime-Krise nach 2007 hätten dazu geführt, dass die Peripheriestaaten in eine Schieflage gekommen wären und die Eurokrise insofern ihre Ursache doch im Bankensystem hätte, entbehrt jeder Grundlage. In den Peripherieländern der Eurozone machte die Sub-Prime-Krise keine größeren Maßnahmen zur Stützung oder Rettung von Banken notwendig. Solche Operationen waren nur dort erforderlich, wo Banken zuvor in großem Stil verlustreiche Kapitalexperte nach den USA getätigt hatten. Also z.B. in Deutschland oder auch im Nicht-Euro-Land Großbritannien. In den

Peripheriestaaten der Eurozone war das nicht der Fall. Dort war die Rolle der Banken ja auch eine ganz andere gewesen. Die Finanzinstitute in Spanien, Griechenland, Irland, Portugal hatten den Kapitalimport in ihre eigenen Länder organisiert.

Dass die Eurokrise primär keine Bankenkrise ist, und kein kausaler Zusammenhang zur Sub-Prime-Krise besteht, wird schließlich auch daran deutlich, dass sich die Eurokrise – wie der Name schon sagt – nur auf Euro-Mitgliedsländer erstreckt, und zwar solche, die chronische Leistungsbilanzdefizite aufweisen und wegen ihrer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit unter Kapitalflucht leiden. Diese Länder befinden sich in einer Abwärtsspirale, während Euro-Mitgliedsländer mit Leistungsbilanzüberschüssen und nicht Nicht-Euro-Staaten – egal ob EU-Mitglied oder nicht – die Sub-Prime-Krise mittlerweile verdaut haben. Das gilt sogar für Island, das durch die riskanten Auslandsgeschäfte seines völlig überdimensionierten Geschäftsbankensektors im Zuge der Sub-Prime-Krise in den Staatsbankrott getrieben worden war.

EFSF, ESM und Eurobonds

Die Ökonomen sind sich heute weitgehend einig, dass es sich bei der Eurokrise im Kern um eine Zahlungsbilanzkrise mehrerer europäischer Volkswirtschaften handelt. Gleichwohl war die wahre Natur der Eurokrise auch für die Fachleute lange nicht erkennbar. Der Präsident des ifo-Instituts, Professor Hans-Werner Sinn war der Erste, der die richtige Diagnose stellte. 2011 hat er dazu einen Sammelband mit Beiträgen zahlreicher Ökonomen veröffentlicht (ifo Schnelldienst 16/2011). Die Ausführungen im vorangegangenen Kapitel stützen sich Wesentlichen auf diesen Sammelband sowie auf weitere Forschungsbeiträge des ifo-Instituts. Professor Sinn war der wahren Natur der Eurokrise bei seiner Recherche zu den TARGET2-Salden auf die Schliche gekommen. Die Schöpfung von Geld gegen schlechte Sicherheiten und der TARGET2-Mechanismus hatten nach 2007 zunächst dafür gesorgt, dass die

Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite der PIGS-Staaten unerkannt weiterlief. Der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, hat die Eurokrise deshalb auch treffend als „verborgene Zahlungsbilanzkrise“ bezeichnet. Erst als der griechische Staat Anfang 2010 auf dem Kapitalmarkt neues Geld nur noch gegen hohe Risikoaufschläge aufnehmen konnte, kam die Zahlungsbilanzkrise in Gestalt einer Krise der Staatsfinanzierung erstmals zum Vorschein. Auch deshalb konnte sich der Eindruck verfestigen, bei der Eurokrise handele es sich um eine Staatsschuldenkrise. Die Tragweite dieses Trugschlusses ist immens. Die Krise der Staatsfinanzierung bestimmt seither voll und ganz die Agenda der europäischen Politik. Die Fokussierung auf diesen Teilaspekt der Eurokrise führt jedoch zu vollkommen falschen Lösungsansätzen.

Europas Politiker haben sich ausgehend von der falschen Diagnose „Staatsschuldenkrise“ ihre eigene Wahrheit zurechtgebastelt. Sie begreifen die Eurokrise letztlich als eine Störung, die in der Psychologie der Märkte wurzeln soll. Als Hauptschuldige haben sie „Spekulanten“ und Rating-Agenturen ausgemacht. Die richtige Therapie der Krise besteht nach Ansicht der Politiker darin, die „nervösen Märkte zu beruhigen“ und dadurch Schuldentragfähigkeit der Krisenstaaten wieder herzustellen. Zweierlei Arten von Maßnahmen sollen das leisten: Zum einen sollen die betroffenen Staaten ihre Haushalte konsolidieren. Und zum anderen sollen verschiedene Stützungsoperationen im Rahmen des sogenannten Euro-Rettungsschirms helfen, das scheu gewordene Privatkapital wieder in die Krisenstaaten zurückzulocken.

Als Instrument für ihre Stützungsmaßnahmen haben die Euroländer 2010 die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) geschaffen. Der EFSF hat ein Volumen von 440 Milliarden Euro und einen Garantierahmen von 780 Milliarden Euro. Im Juli 2012 soll der Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zunächst zum EFSF hinzutreten und diesen nach einer Übergangszeit schließlich ablösen. Für den ESM sind ein Volumen von 500 Milliarden Euro und ein Garantierahmen von 700 Milliarden Euro geplant. EFSF und ESM beruhen bei allen Unterschieden auf demselben Prinzip. Beides sind Fonds, die

am Kapitalmarkt Geld aufnehmen und diese Mittel an die Krisenstaaten weiterreichen sollen. Alle Staaten der Eurozone stehen dabei für einen bestimmten Anteil des jeweiligen Fondsvolumens ein – beim EFSF mit Bürgschaften, beim ESM mit „einzuzahlenden und abrufbaren Kapitaleinlagen“. Entscheidend sind dabei aber die Bürgschaften der wirtschaftlich starken Kernstaaten. Sie ermöglichen mit ihrer erstklassigen Bonität, dass sich die Fonds günstig refinanzieren können. Dieser Zinsvorteil wird dann durch die Vergabe günstiger Kredite an die Krisenstaaten weitergegeben.

Bisher haben diese Stützmaßnahmen aber noch keine Besserung bewirkt. Im Gegenteil – die Eurokrise frisst sich immer tiefer. Viele Politiker fordern deshalb schon jetzt die Ausweitung des ESM-Volumens. Dem Denkmuster von der gestörten Psychologie der Märkte folgend, glaubt man, die „Spekulanten“ mit Fondsvolumina von 1, 2 oder gar 3 Billionen Euro beeindrucken und dadurch die Krise endlich überwinden zu können. Der logische Endpunkt dieses Denkmusters ist die Forderung nach einem unlimitierten ESM – oder, was auf dasselbe hinausläuft – nach Eurobonds. Bei einem unbeschränkten ESM bzw. Eurobonds wären sämtliche Haftungsobergrenzen für die bürgenden Staaten mit AAA-Rating wie Deutschland aufgehoben. Die Vergemeinschaftung der Staatsschulden in der Eurozone wäre dadurch total. Außerdem würden die Zinsunterschiede bei der Staatsfinanzierung, die sich seit 2007 zwischen Deutschland und den Krisenstaaten aufgetan haben, vollständig nivelliert werden. Für Deutschland wäre das mit einem sofortigen Anstieg des Zinsniveaus um mindestens 2 Prozent verbunden. Allein die Mehrkosten von Bund, Länder und Gemeinden für den Schuldendienst dürften dadurch langfristig auf rund 55 Milliarden Euro jährlich steigen. Noch gravierender wäre allerdings die konjunkturelle Bremswirkung eines solchen Zinsanstiegs. Das kleine bisschen Wachstum der Jahre 2010 und 2011 käme sofort zum Erliegen.

Europas Politiker erhoffen sich von den Stützmaßnahmen im Rahmen des ESM dagegen nur Gutes. Wenn diese Maßnahmen nur groß

genug angelegt werden, so der Glaube, sei nicht nur eine Wiederkehr des Vertrauens der Kapitalmärkte in die Anleihen der Krisenstaaten möglich, sondern darüber hinaus auch eine Wiederbelebung der ausgetrockneten Kapitalflüsse aus dem Ausland hin zu den Banken, Unternehmen und Privathaushalten in den Peripherieländern. Das einheitliche Zinsniveau für die Staatsfinanzierung würde, so die Hoffnung, über die ganze Eurozone hinweg nivellierend auf das Zinsniveau bei Krediten an den Privatsektor wirken. Tatsächlich haben die Zinsen auf die Staatsanleihen eines Landes normalerweise eine Multiplikatorfunktion für das allgemeine Zinsniveau der jeweiligen Volkswirtschaft. Deshalb glauben viele Politiker mit einer möglichst groß angelegten Stützungsmaßnahme im Rahmen des ESM zu den Zuständen vor 2007 zurückkehren zu können, als die Euro-Welt scheinbar noch in Ordnung war und niedrige einheitliche Zinsen in den Peripheriestaaten ein starkes Wachstum ermöglichten. Diese Denke geht aber gleich doppelt fehl.

Der erste Denkfehler wird sofort klar, wenn man sich vor Augen hält, dass die Euro-Welt vor 2007 eben nicht Ordnung war, sondern in einem pathologischen Zustand. Genau jener Einheitszins, der nach Ansicht der Politiker heute alles zum Guten Wenden soll, hat diesen pathologischen Zustand überhaupt erst verursacht und dann weiter verschärft. Durch den einheitlichen Zins, der ungefähr von 1998 bis 2007 herrschte, wurden gewaltigen Kapitalimporte in die Peripheriestaaten veranlasst, die einen Anstieg des Preis- und Lohnniveaus bewirkten. Riesige Leistungsbilanzdefizite, der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und schließlich die Überschuldung der Volkswirtschaften als Ganzes waren die Folge. Könnte man dieses einheitliche Zinsniveau tatsächlich durch Stützungsmaßnahmen im Rahmen des ESM oder mittels Eurobonds wieder herbeizwingen, würde der pathologische Zustand, welcher der Euro-Krise zugrunde liegt, nur weiter verschärft werden. Nach einer gewissen Zeit würde die Krise dann erneut und umso stärker aufbrechen. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass sich die Scheinblüte der Jahre vor 2007 auch mit einem noch so großen ESM oder mittels Eurobonds wieder herbeizwingen ließe. Und das ist der zweite Denkfehler der Politiker. Die privaten Kapitalgeber aus aller Welt wissen jetzt um den zerrütteten

Zustand der Wirtschaft in den Peripheriestaaten und würden bei Krediten an die Banken und Unternehmen in diesen Ländern nach wie vor eine kräftige Risikoprämie verlangen.

Die Folge ist schon jetzt absehbar: Weil die Privatwirtschaft allen Stützungsmaßnahmen zum Trotz keinen billigen Kredit an den Märkten bekommen wird, ist für die wirtschaftlich am Boden liegenden Peripheriestaaten die Versuchung riesengroß, künftig umso kräftiger mit billig geliehenem Geld aus dem ESM um sich werfen. Die portugiesischen, spanischen und griechischen Politiker und in deren Schlepptau auch die französischen und italienischen Politiker werden nicht zögern, teure staatliche Konjunkturprogramme aufzulegen, um ihre am Boden liegenden Volkswirtschaften zu beleben. Eine Besserung des Grundübels, nämlich den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, werden diese Konjunkturprogramme aber nicht bewirken, weil dadurch der Preisnachteil von Gütern und Dienstleistungen aus eigener Produktion gegenüber solchen aus dem Ausland nur zementiert wird. Das Geld würde einfach weiter für den Import von Konsumgütern verwendet oder in unsinnigen Infrastrukturprojekten vergeudet werden. Schon heute ist die ganze iberische Halbinsel von Autobahnen durchzogen, die keiner braucht. Überhaupt ist das Problem der Krisenstaaten nicht ein zu wenig an Beton, sondern dass davon in der Vergangenheit viel zu viel auf Pump angerührt wurde – sei es von staatlichen, sei es von privaten Bauherren.

Sollten derartige „Wachstumsprogramme“ in den Peripheriestaaten mit ESM-Mitteln, mittels Eurobonds oder – was auf dasselbe hinausläuft- mittels anleihenfinanzierter Kredite der europäischen Investitionsbank (EIB) umgesetzt werden, dann wird dies rasch auf Deutschlands Bonität durchschlagen, die Zinsen hierzulande nach oben treiben und die Konjunktur abwürgen. Schon jetzt –Ende Juni 2012 – mehren sich die Zeichen, dass die Finanzmärkte die Bonität der Bundesrepublik Deutschland schon bald herunterstufen werden. Zu groß ist inzwischen die Last aus Bürgschaften und Krediten für die Krisenstaaten, die auf den Schultern Deutschlands lasten.

Sehr wahrscheinlich wird auch irgendwann der Haftungsfall eintreten. Dann heißt es für Deutschland zahlen. Gegenwärtig beläuft sich die Gesamthaftungssumme Deutschlands allein für Maßnahmen im Rahmen des Euro-Rettungsschirms auf 374 Milliarden Euro. Darin ist die Haftungssumme im Rahmen des ESM noch gar nicht enthalten.

Mogelpackung Fiskalpakt

Um den deutschen und den niederländischen Steuerzahlern den Giftcocktail ESM trotzdem unterjubeln zu können, haben sich Europas Politiker Ende 2011 den Fiskalpakt einfallen lassen. Der Fiskalpakt schreibt jedem EU-Land vor, eine Schuldenbremse in seine nationale Verfassung zu verankern. Dadurch soll dem Missbrauch des ESM ein Riegel vorgeschoben werden. Bis auf Großbritannien und die Tschechische Republik wollen alle EU-Staaten den Fiskalpakt umsetzen. Tatsächlich ist der Fiskalpakt aber nicht das Papier wert, auf dem er steht. Der Verstoß gegen Verträge hat in der EU Tradition. Schon der Maastrichter Stabilitäts- und Wachstumspakt erwies sich schon nach kurzer Zeit als völlig zahnlos. Mit dem Fiskalpakt geht es sogar noch schneller zu Ende: Im Frühjahr erklärte die spanische Regierung schon mal vorsorglich, dass sie sich dieses Jahr nicht um den Fiskalpakt scheren werde. Die zuvor vereinbarten Konsolidierungsziele könne und wolle man nicht einhalten. Mit der Wahl von François Hollande in Frankreich dürfte der Fiskalpakt endgültig Makulatur sein. Unabhängig davon ist allein schon die Vorstellung, die französische Nationalversammlung werde mit verfassungsändernder Mehrheit einer Schuldenbremse verabschieden die juristisch wasserdicht ist, vollkommen illusionär.

Der ESM und die Aushöhlung des parlamentarischen Budgetrechts

In Deutschland ist dagegen mit solchen Empfindlichkeiten in Verfassungsfragen nicht mehr zu rechnen. Eine Einheitsfront der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne hat am 29. Juni 2012

den ESM-Vertrag und den Fiskalpakt ratifiziert. Mit der Ratifizierung des ESM-Vertrags hat das Parlament sein vornehmstes Recht, das Budgetrecht, zu einem erheblichen Umfang auf das künftige supranationale ESM-Leitungsorgan, den sogenannten Gouverneursrat, übertragen. Dieses Gremium soll sich aus den Finanzministern der Euro-Gruppe zusammensetzen und wird keiner demokratischer Kontrolle und keinerlei Rechnungslegungspflichten unterworfen sein. Der ESM-Gouverneursrat wird weitreichende Zugriffsrechte auf die Haushaltsmittel der Euro-Staaten haben und kann mit diesen praktisch willkürlich verfahren. Im Falle Deutschlands erhält der Gouverneursrat unwiderruflich und uneingeschränkt Zugriff auf zunächst 190 Milliarden Euro. Sollten andere ESM-Mitglieder als Zahler ausfallen würde, sich diese Summe noch erhöhen. Im schlimmsten Fall könnten 500 Milliarden Euro fällig werden. Überdies sind spätere Ausweitungen der „einzuzahlenden und abrufbaren Kapitaleinlagen“ in dem ESM-Vertragswerk bereits angelegt.

Ob der ESM Rechtsgültigkeit erlangt, wird das Bundesverfassungsgericht (BVG) entscheiden. Eigentlich dürfte der ESM-Vertrag niemals in Kraft treten. Dieses Machwerk verstößt nicht nur gegen den Geist und den Wortlaut des Grundgesetzes, es bricht auch mit der gesamten westlichen Verfassungstradition. Das Budgetrecht der Parlamente wird durch die pauschale Übereignung riesiger Summen auf ein demokratisch nicht legitimierte und kontrolliertes Organ massiv ausgehöhlt. Die Kassation des ESM-Vertrags durch das Bundesverfassungsgericht müsste daher eigentlich eine reine Formsache sein. Tatsächlich spricht derzeit aber vieles dafür, dass der ESM kommt. Der Ratifizierungsprozess war schon mit viel Hinterlist orchestriert worden. Die Abstimmung im Parlament wurde gezielt in die Zeit der Fussball-EM gelegt, um die Öffentlichkeit abzulenken. Der Fraktionszwang und die Angst um den eigenen Listenplatz sorgte bei der Mehrheit der Parlamentarier für den nötigen Kadavergehorsam. Bundeskanzlerin Merkel wollte Bundespräsident Gauck das Gesetz noch am Abend der Verabschiedung unterschreiben lassen. Damit wären die Eilanträge gegen das ESM-Gesetz beim Bundesverfassungsgericht ins Leere gelaufen. Dieser Plan ist zwar

gescheitert, weil sich das BVG mit einer Intervention bei Bundespräsident Gauck Zeit für die Prüfung von Eilanträgen ausbedungen hat. Aber auf das BVG wird seit Monaten von führenden Politikern massiver Druck ausgeübt. Namentlich Bundesfinanzminister Schäuble, der Vorsitzender des ESM-Gouverneurrats werden möchte, tut sich bei diesen Einschüchterungsversuchen hervor. BVG-Präsident Voßkuhle und seine Kollegen werden sich ihr Urteil deshalb dreimal überlegen, schließlich dürfte sich auch in Karlsruhe inzwischen herumgesprachen haben, dass Bedenken gegenüber der Euro-Politik der Bundesregierung gerade hohen Würdenträgern des Staates kein Karriereglück zu bringen pflegen – eine Erfahrungen die zuletzt vor allem die Bundespräsidenten Köhler und Wulff machen mussten.

Die Gesetze der Ökonomie lassen sich dagegen nicht wegintrigieren, mögen sich die Euroretter dafür auch noch so ins Zeug legen. Die Hoffnung, die Eurokrise mit EFSF, ESM oder auch Eurobonds in den Griff zu bekommen, ist jedenfalls ein Hirngespinnst. Der Fiskalpakt ist eine Mogelpackung. EFSF, ESM, Eurobonds – alle diese Instrumente sind nur dazu geeignet, die Lösung der Krise weiter hinauszuzögern, und den Preis, der am Ende zu zahlen ist, immer weiter nach oben zu treiben. Diesen Preis werden vor allem die Bürger Deutschlands sowie der Niederlande und Finnlands zu tragen haben. Das Leiden der Krisenstaaten wird durch diese Instrumente in seiner Intensität zwar für einen kurzen Moment etwas gelindert, aber zugleich bis zum St. Nimmerleinstag verlängert. Lediglich Investoren, die in der Vergangenheit auf Staatsanleihen der Krisenstaaten gesetzt haben, profitieren von EFSF, ESM und Eurobonds. Sie können ihre Ausfallrisiken und Verluste aus ihren Geschäften mit der Staatsfinanzierung auf den deutschen Steuerzahler abwälzen. Deshalb haben die großen institutionellen Anleger und Staatsfonds aus aller Welt und deren Herkunftsländer– seien es die USA und Großbritannien oder Saudi-Arabien, China und Norwegen – ein so großes Interesse, dass die Euroretterei immer weiter geht. Nichts könnte falscher sein, als das verschwörungstheoretische Gerede, wonach die USA und Großbritannien am Crash des Euro interessiert seien.

Hat man erst einmal verstanden, dass es sich bei der Eurokrise um eine Zahlungsbilanzkrise mehrerer Volkswirtschaften aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit handelt, wird rasch klar, dass das Politikermantra von den „nervösen Märkten“ substanzloses Geschwätz ist. Der Kapitalmarkt verhält sich im Falle der Peripheriestaaten vollkommen rational. Er leiht Staaten, deren Volkswirtschaften nicht mehr wettbewerbsfähig sind und bei denen deshalb erhebliche Zweifel an der Kreditwürdigkeit bestehen, nur noch gegen hohe Risikoaufschläge Geld. Diese Kreditversagung ist keine Willkür, sondern die logische Folge der makroökonomischen Fundamentaldaten. EFSF, ESM oder Eurobonds ändern an der Beschaffenheit dieser makroökonomischen Fundamentaldaten nichts. EFSF, ESM oder Eurobonds bilden letztlich nur einen zusätzlichen Finanzierungs kanal neben der Geldschöpfung gegen schlechte Sicherheiten, mit dem bestehende Leistungsbilanzdefizite weiter finanziert und dadurch zugleich verfestigt werden. EFSF, ESM oder Eurobonds können deshalb auch keine Chance auf wirtschaftlichen Gesundung eröffnen – im Gegenteil: EFSF, ESM und Eurobonds sind wie Rauschgift. Die jetzige Wirtschaftskrise in den Peripheriestaaten gleicht einem kalten Entzug. Seitdem die süße Droge namens billiger Kredit nicht mehr so üppig fließt, leidet die dortige Junkie-Wirtschaft Qualen. Die Versuchung ist groß, mit immer neuen Dosen Stoff diese Qualen zu lindern. Doch die Vergiftung von Wirtschaft und Gesellschaft würde dadurch nur noch schlimmer werden. Die Politiker dieser Staaten agieren dabei wie Dealer. Sie wissen: ein kalter Entzug würde sie von der Macht fegen und ihr politisches Geschäftsmodell des „Ouzo für alle – die Nordeuropäer zahlen“ für immer zerstören. Deshalb haben sie gar kein Interesse daran, dass ihre Volkswirtschaften „clean“ werden.

Kapitel 3: Wie die Krise weitergehen wird – mögliche und wahrscheinliche Szenarien

EFSF, ESM, Eurobonds, der Fiskalpakt sowie die Staatsanleihenkäufe der EZB sind nicht geeignet, die Krise zu lösen. Die Eurokrise ist eine Zahlungsbilanzkrise mehrerer europäischer Volkswirtschaften. Dieser Zahlungsbilanzkrise liegen chronische Leistungsbilanzdefizite zugrunde, die ein Abbild der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften sind. Um die europäische Wirtschaft zu stabilisieren und die Krise zu bewältigen, müssten die Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen den Peripheriestaaten (Griechenland, Portugal, Irland, Spanien) sowie von Italien und Frankreich einerseits sowie den Kernstaaten (Deutschland, Niederlande, Finnland, Luxemburg) andererseits ausgeglichen werden.

Vier Mechanismen sind denkbar, mit denen sich dies bewerkstelligen ließe:

- 1) mittels Transferzahlungen
- 2) mittels einer Absenkung des Preis- und Lohnniveaus in den Krisenstaaten
- 3) mittels der Wiedereinführung nationaler Währungen
- 4) mittels einer Anhebung des Preis- und Lohnniveaus in den Kernstaaten

Transferzahlungen

Um die Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen den Eurostaaten aus der Welt zu schaffen, könnte theoretisch ein Transfermechanismus über die Eurozone gestülpt werden. Die wirtschaftlich gesunden Kernstaaten müssten dann kontinuierlich jene Summen als unentgeltliche Leistungen in die Peripheriestaaten überweisen, die den aggregierten Defiziten dieser Staaten bei den Handels- und Dienstleistungsbilanzen entsprechen. In aller Regel

bringen solche unentgeltliche Leistungen allerdings negative wirtschaftliche Langzeitfolgen mit sich. Häufig verfestigen Transferzahlungen in den Empfängerländern ineffiziente Strukturen. Sollen die Transfergelder über Infrastrukturprojekte und Subventionen verteilt werden, entwickeln sich außerdem rasch Korruptionssümpfe und mafiöse Strukturen. Das klassische Beispiel ist Italiens Mezzogiorno, der seit Jahrzehnten vom Norden durchgefüttert und von der Regierung in Rom mit Infrastrukturprojekten überzogen wird, ohne dass sich irgendetwas zum Besseren gewendet hätte. Die Förderpraxis der EU hat im ganzen Mittelmeerraum zu ähnlichen Verhältnissen geführt. Die Milliarden aus den Brüsseler Fonds haben nicht nur in Griechenland eine Kultur des Subventionsbetrugs entstehen lassen. Der Boden für Korruption und Misswirtschaft ist überall bereitet. Stetige Transfers in die Peripheriestaaten dürften deshalb ganz Südeuropa in einen gigantischen Mezzogiorno verwandeln. Zugleich würden den Kernstaaten durch den Abfluss der Transfergelder die Mittel genommen, Ihre Wirtschaft mit Investitionen weiter für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten.

Aus Sicht der Politiker sprechen aber weniger diese unangenehmen Langfristfolgen gegen einen Transfermechanismus. Vielmehr stellt das schiere Volumen die entscheidende Hürde dar: Die Summen die notwendig wären, um die Leistungsbilanzungleichgewichte auszugleichen, sprengen nämlich jede Dimension. Käme es zu einer geregelten Transferunion, müssten derzeit jährlich rund 130 bis 150 Milliarden Euro in die Peripheriestaaten gepumpt werden. Ein Großteil davon – rund 100 Milliarden Euro- müsste Deutschland aufbringen. Die dafür notwendigen Steuererhöhungen wären politisch niemals durchsetzbar. Nur um die Dimensionen klar zu machen: Die Haushalte von Bund, Länder und Gemeinden beliefen sich 2011 auf zusammen rund 875 Milliarden Euro. Das gesamte deutsche Einkommensteueraufkommen betrug 2011 rund 170 Milliarden Euro, das gesamte Mehrwertsteueraufkommen circa 139 Milliarden Euro. 100 Milliarden Euro für Transfers würden demnach für den deutschen Bürger z.B. einen „Euro-Solidaritätszuschlag“ von ca. 60 Prozent auf die Einkommenssteuer oder alternativ einen Mehrwertsteuersatz von etwa 32 Prozent bedeuten.

Diese Zahlen machen klar: Die Finanzierung von Transferzahlungen allein über Steuern wäre monströs, aber eine solche Regelung wäre immerhin eine klare Sache. Jeder Arbeitnehmer würde Monat für Monat aufs Neue die gesalzene Rechnung für das „Projekt Euro“ mit der Gehaltsabrechnung präsentiert bekommen. Soviel Transparenz kann freilich keinem Eurobefürworter recht sein, und deshalb wird in Brüssel eifrig an alternativen Modellen für ein großes Transfersystem gearbeitet. Ganz heiße Kandidaten sind Ansätze, die eine Zusammenlegung der nationalen Rentensysteme vorsehen. Bei allen diesen Modellen sollen die Transferzahlungen letzten Endes dadurch ermöglicht werden, dass die Rentenkassen der Deutschen, Niederländer, Finnen und Österreicher geplündert werden. Dieser Ansatz ist zwar schon nicht mehr ganz so transparent wie der direkte Zugriff auf die benötigten 150 Milliarden jährlich über Steuererhöhungen, aber immer noch durchsichtig genug, um die Leute auf die Straße zu bringen – schließlich ist die Aussicht auf eine Euro-Einheitsrente auf portugiesischem Niveau für die meisten Deutschen wenig verlockend.

Absenkung des Preis- und Lohnniveaus in den Krisenstaaten

Oben wurde gezeigt, dass die Eurokrise dadurch zustande kam, dass Scheinwachstum auf Grundlage billiger Kredite in den Peripheriestaaten einen steilen Anstieg der Preise und Löhne nach sich zog. Dadurch verloren diese Länder zum einen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Exportgüter und Dienstleistungen wurden zu teuer, um damit auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Zum anderen kauften die Spanier, Iren, Griechen und Portugiesen immer mehr Importgüter und Dienstleistungen im Ausland auf Pump. Das Resultat waren gigantische Leistungsbilanzungleichgewichte. Ein möglicher Mechanismus, um die Eurokrise zu bewältigen besteht nun darin, diesen Prozess umzukehren, indem das Lohn- und Preisniveaus in den Peripherieländern abgesenkt wird. Durch das Absenken der in Euro nominierten Löhne und Preise würden die Peripheriestaaten wieder wettbewerbsfähiger werden.

Eine solche reale Abwertung hat allerdings höchst zerstörerische Auswirkungen auf die Wirtschaft. Das Ergebnis ist stets ein deflationärer Prozess, der auch wirtschaftliche Strukturen, die eigentlich gesund sind, vernichtet. Vorhandene Schulden bleiben bei einer realen Abwertung nämlich in voller Höhe bestehen. Weil aber durch die sinkenden Preise die Umsätze und Margen sinken, können die Unternehmen ihre Kredite nicht mehr bedienen. Dadurch treibt eine reale Abwertung zuerst den Unternehmenssektor und dann auch den Bankensektor in den Ruin. Das Resultat ist Massenarbeitslosigkeit und allgemeine Verelendung. Genau dieser Prozess findet derzeit in Südeuropa statt. Die nicht zuletzt von der deutschen Bundesregierung propagierte Politik des „Gesundsparens“ – d.h. die Politik der Haushaltskonsolidierung um jeden Preis bei gleichzeitigem Verbleib im Euro, hat seit 2010 zuerst in Griechenland, sodann in Portugal und nun auch in Spanien den Abwärtstrend der Realwirtschaft massiv verstärkt. Die Länder befinden sich bereits in einer deflationären Abwärtsspirale: Als Antwort auf die zurückgehenden Steuereinnahmen und überbordenden Ausgaben für den Schuldendienst haben sie die Staatsausgaben gesenkt, daraufhin brach die Wirtschaftsleistung noch weiter ein und die Steuereinnahmen des Staates gingen noch stärker zurück.

Der Versuch, die europäische Zahlungsbilanzkrise durch eine reale Abwertung der Preise und Löhne zu lösen ist zum Scheitern verurteilt. Lediglich in Irland könnte dieser Weg Erfolg haben, weil dort das Leistungsbilanzdefizit nie so groß war wie in den südeuropäischen Krisenstaaten. In Griechenland, Portugal und Spanien muss der Versuch, die Krise durch eine reale Abwertung zu lösen, angesichts der riesigen Leistungsbilanzdefizite jedoch unweigerlich in die Katastrophe führen! Die reale Abwertung der Preise und Löhne führt die betroffenen Länder an den Rand des Bürgerkriegs. Das klassische Beispiel für die verheerenden Auswirkungen einer realen Abwertung ist die späte Weimarer Republik. Anfang der 1930er Jahre versuchte Reichskanzler Brüning die Zahlungsbilanzkrise, in die das Deutsche Reich im Zuge der Weltwirtschaftskrise geraten war, durch eine Politik der Lohn- und

Preissenkung sowie durch Steuererhöhungen bei gleichzeitigem Festhalten am Goldstandard zu lösen. Die Folge dieser Politik war das Erstarken der Extreme, die in der Machtübernahme der NSDAP mündete.

Aktuellen Zahlen aus Südeuropa werfen ein Licht auf das Desaster, das durch die Strategie des „Gesundsparens“ ganz wesentlich befeuert wurde. Die Jugendarbeitslosenrate in Spanien beträgt mittlerweile über 50 Prozent, die Gesamtarbeitslosenquote liegt bei rund 25 Prozent. In Griechenland betrug die offizielle Gesamtarbeitslosenquote im April 2012 über 21 Prozent und in Portugal über 15 Prozent - Tendenz weiter steigend. Kein Wunder also, dass das „Gesundsparen“ auch innerhalb des Euro-Establishments zuletzt immer mehr Kritiker auf den Plan gerufen hat. Mit dem Wahlsieg François Hollandes in Frankreich hat innerhalb der politischen Klasse ein Meinungsumschwung eingesetzt. Nun sollen zusätzlich Wachstumspakete geschnürt werden, um der Katastrophe Einhalt zu gebieten. Nicht nur Frankreichs Sozialisten, auch Deutschlands rot-grüne Opposition fordern Konjunkturmaßnahmen für die europäischen Bruderländer. Bei der Stützung Spaniens mit EFSF-Mitteln will man zum ersten Mal auf Sparauflagen verzichten. Außerdem haben die Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfel Ende Juni ein „Wachstumspaket“ von 120 Milliarden Euro beschlossen. Die Mittel dafür stammen aus den EU-Strukturfonds und der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Derartige Konjunkturspritzen bringen unter den gegebenen Verhältnissen gar nichts. Dadurch wird nur der bisher praktizierte wirtschaftspolitische Irrsinn durch eine weitere Narretei ergänzt. Der verheerende Ansatz, der Eurokrise mit einer realen Abwertung zu begegnen, soll nun durch das teure und kontraproduktive Element zusätzlicher Billigkredite bzw. Transfers flankiert werden. Diese Geldspritzen werden – wie oben ausgeführt – nicht nur dazu führen, dass die erforderlichen Strukturanpassungen in den Peripherieländern unterbleiben, sondern auch dafür sorgen, dass sich auch das Krebsgeschwür einer staatlich alimentierten Zombiewirtschaft ausbreiten wird, in der mafiöse Seilschaften und korrupte Politiker den Ton angeben.

Griechische Verhältnisse – bald auch in Portugal, Spanien und Frankreich: das sind die Perspektiven der „europäischen Solidarität“.

Wiedereinführung nationaler Währungen

Der beste Weg, um die Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen den Eurostaaten aus der Welt zu schaffen, bestünde im freiwilligen Ausscheiden der Peripheriestaaten aus dem Euro und der Wiedereinführung nationaler Währungen. Diese Währungen würden sofort gegen den Euro abwerten. Dadurch verschwänden die Leistungsbilanzdefizite, da die Exporte von Gütern und Dienstleistungen billiger und Importe teurerer würden. Zugleich blieben diesen Ländern aber die massiven realwirtschaftlichen Verwerfungen erspart, die mit einer realen Abwertung immer verbunden sind. Auch die Wiedereinführung nationaler Währungen wäre kein Spaziergang. Ein Bankensturm und Kapitalflucht müssten verhindert und außerdem für die Auslandsschulden der ausstiegswilligen Staaten eine Regelung gefunden werden. Der notwendige Strukturwandel lässt sich aber mit einer solchen Wiedereinführung nationaler Währungen viel schneller und einfacher bewältigen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten wären wesentlich geringer. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Auch in der jüngeren Vergangenheit haben Länder, die in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten sind, mit einer Abwertung die Probleme rasch in den Griff bekommen. Ein Beispiel ist Argentinien, dass die fixe Anbindung seines Peso an den US-Dollar nach einer katastrophalen Deflation von vier Jahren Dauer 2002 endlich aufgab. Kurz darauf war das Ärgste überstanden und ab Sommer 2003 wuchs die argentinische Wirtschaft wieder.

Wenn es darum gegangen wäre, die ökonomisch beste Lösung für alle zu erreichen, dann hätten Europas Politiker ein Ausscheiden der Peripherieländer aus dem Euro und die Wiedereinführung nationaler Währungen in Griechenland, Portugal und Spanien spätestens 2010 in die Wege leiten müssen. Etliche Ökonomen haben diesen Schritt damals auch gefordert. Für

europäische Solidarität wäre im Rahmen dieser Lösung genügend Platz gewesen. Hilfskredite zur Überbrückung der Anfangszeit, ein europäischer Marshallplan, Schuldenerlasse – all das hätte in einem Umfeld flexibler Wechselkurse Sinn gemacht und sehr wahrscheinlich rasch Früchte getragen – aber eben nur in diesem Umfeld.

Auch jetzt wäre das Ausscheiden von Spanien, Griechenland und Portugal sowie ggf. auch von Irland, Italien und Frankreich aus dem Euro immer noch die vernünftigste und billigste Lösung, auch wenn sich seit 2010 die Kosten ein solchen Schritts durch Rettungspakete, EFSF-Kredite, Anleihen-Käufe der EZB und vor allem aufgrund explodierender Target2-Salden vervielfacht haben.

Europas Politiker sind aber nicht gewillt diesen Schritt zu tun, denn das würde bedeuten, dass sie das Scheitern des Euro-Projekts eingestehen müssten, womit auch ihre Karriere erledigt wäre. Im Falle Griechenlands hat sich deshalb inzwischen eine besonders skurrile Konstellation ergeben: Das Euro-Establishment fürchtet den „Grexit“ vor allem deshalb, weil dieser Ausstieg ein Erfolgsbeispiel für andere Krisenstaaten werden könnte. Würde sich Griechenlands Wirtschaft mit einer neu eingeführten Drachme innerhalb kurzer Zeit wieder berappeln, wäre der Euro auch in Portugal und Spanien politisch nicht mehr zu halten. Die griechischen Politiker wissen um dieses Pfund, nehmen ihr eigenes Volk als Geisel und handeln geschickt ein Milliardengeschenk nach dem anderen heraus.

Anhebung des Preis- und Lohnniveaus in den Kernstaaten über Inflation

Die Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen den Eurostaaten lassen sich auch dadurch zum Verschwinden bringen, dass die Staaten mit Leistungsbilanzüberschüssen, also vor allem Deutschland, die Niederlande und Finnland, eine Anhebung ihres Lohn- und Preisniveaus erfahren. Die dauerhafte Steigerung des Preisniveaus wird als Inflation bezeichnet. Höhere Inflationsraten in den Kernstaaten wären also tendenziell geeignet, die

Währungsunion zu stabilisieren. Die Leistungsbilanzungleichgewichte würden bei höheren Inflationsraten in den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen zum einen dadurch abgeschliffen, dass die Exporte dieser Länder in die Peripheriestaaten teurer würden und damit tendenziell zurückgingen, während die Importe aus den Peripheriestaaten in die Kernstaaten billiger würden und deshalb tendenziell anstiegen. Zum anderen sorgen hohe Inflationsraten in den Kernstaaten unter sonst gleichen Bedingungen für einen niedrigeren Außenwert des Euros - ein Effekt der zusätzliche Exporte der Peripherieländer in Nichteuroländer stimulieren würde.

Eine höhere Inflation in den Kernstaaten wäre das Gegenstück zur Deflation in den Peripheriestaaten. Während bei einer Deflation die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Kosten der Anpassung im wesentlichen von den Peripherieländern getragen werden müssten, trifft Inflation vor allem die Bürger in den Kernstaaten. Ihre Ersparnisse würde durch höhere Inflation angegriffen und zu erheblichen Teilen aufgezehrt werden. Das gilt vor allem dann, wenn die EZB wie jetzt schon der Fall durch einen niedrigen Leitzins dauerhaft eine sogenannte finanzielle Repression zulässt. Es ist dann für Kleinsparer und Lebensversicherer aufgrund des niedrigen Leitzinses gar nicht mehr möglich, für ihr Gespartes Zinserträge zu bekommen, welche die Inflation ausgleichen. Darüber hinaus sind hohe Inflationsraten wie Fäulnis, sie zersetzen eine Volkswirtschaft von innen heraus. Die Auswirkungen sind vielgestaltig und diffus. Ein grundlegend Verändertes Konsum- und Investitionsverhalten der Privathaushalte bzw. Unternehmen sowie Kreditknappheit durch Kapitalflucht führen zu starken strukturellen Verwerfungen in der Wirtschaft des betroffenen Landes. Die ökonomischen Entwicklungschancen Deutschlands werden so dauerhaft geschädigt.

Die Saat für eine forcierte Inflation in den Kernstaaten ist längst gelegt. Die Zentralbankgeldmenge in der Eurozone ist in den vergangenen Jahren massiv aufgebläht worden. Ende 2007 belief sich die Bilanzsumme des Eurosystems noch auf rund 1,2 Billionen Euro, Anfang Juni 2012 betrug die

Bilanzsumme über 3,0 Billionen Euro. Die EZB hat für hunderte Milliarden Staatsanleihen der Krisenstaaten gekauft und dafür Euro in Umlauf gebracht. Mit immer neuen Refinanzierungsoperation, darunter der billionenschweren „Big Berta“ Ende Dezember bzw. Ende Februar, pumpt sie gegen Schrottsicherheiten immer wieder neues Zentralbankgeld in die längst insolventen Bankensysteme der Peripheriestaaten. Hinzu kommen noch die Refinanzierungsoperationen der nationalen Notenbanken der Peripheriestaaten im Rahmen des sogenannten Emergency-Liquidity-Assistance-Programms (ELA). Das so geschaffene „schlechte“ Zentralbankgeld strömt wie in Kapitel 1 gezeigt über das TARGET2-System in die Kernstaaten und sorgt dort dafür, dass die Unternehmen und Geschäftsbanken in Liquidität baden.

Bereits jetzt kommt es in Deutschland zu Preisblasen. Namentlich der Immobiliensektor ist betroffen. In den Ballungszentren aber auch in kleineren Universitätsstädten schießen seit geraumer Zeit die Preise für Immobilien in die Höhe. Irgendwann schlägt das auf die Mieten durch. Die Preis-Lohn-Spirale beginnt sich dann immer schneller zu drehen und wird irgendwann nicht mehr kontrollierbar sein. Das immer wieder vorgebrachte Argument, die EZB könne dies verhindern, in dem sie die Zentralbankgeldmenge durch den Verkauf von Vermögenswerten wieder reduziert, ist hohles Geschwätz. Die „Vermögenswerte“ der EZB und der nationalen Notenbanken in den Peripheriestaaten bestehen zum großen Teil aus uneinbringlichen Forderungen und die hinterlegten „Sicherheiten“ sind in erheblichem Umfang nur noch wertloses Papier. Die Sterilisierung überschüssiger Liquidität ist schon jetzt nicht mehr möglich.

Das wahrscheinliche Szenario

Sofern die Bürger der Niederlande, Finnlands und vor allem Deutschlands keinen Widerstand leisten, und ihre Politiker zwingen, die Interessen ihrer Völker zu vertreten, wird das wahrscheinliche Szenario eine Mischung aus

mäßiger Deflation in den Peripheriestaaten und hoher Inflation in den Kernstaaten sein, flankiert von Transfers aus den Kernstaaten in die Peripheriestaaten. Ein Ausscheiden einzelner Euro-Staaten, obwohl gerade im Falle Griechenlands immer wieder diskutiert, wird das Euro-Establishment um jeden Preis zu verhindern suchen.

Die Hauptlast der „Euro-Rettung“ wird über Inflation von der Bevölkerung der Kernstaaten getragen werden. Die Peripheriestaaten einschließlich Frankreichs haben gegenwärtig alle Trümpfe in der Hand, um diese Lastenverteilung durchzusetzen. Durch ihre Mehrheit im EZB-Direktorium können sie die Geldschöpfung gegen immer schlechtere Sicherheiten beliebig lange fortsetzen. Der Rest besorgt dann der TARGET2-Mechanismus. Das „schlechte“ Geld aus den Peripherie-Staaten strömt in die Kernstaaten und wird dort für Inflation sorgen. Bundesbank-Chef Weidmann kann wie sein Vorgänger Weber so viel dagegen protestieren wie er will. Er ist zur Machtlosigkeit verdammt, weil die Bundesregierung den klaren Verstoß der Mehrheit im EZB-Direktorium gegen das EZB-Mandat der Geldwertstabilität stillschweigend duldet.

Auch Transfers werden eine Rolle spielen. Zum einen dürfte es immer wieder einmalige Transfers geben. Etwa die Übernahme von Schulden im Rahmen von EFSF-Garantieleistungen oder über die europaweite Vergemeinschaftung der Ausfallrisiken von Banken. Bei einer solchen Bankenunion wie sie Brüssel derzeit plant, sollen die deutschen Banken das Ausfallrisiko für die Zombie-Banken in den Peripheriestaaten mittragen. Das heißt, dass die deutschen Sparer oder der deutsche Steuerzahler für die de facto längst insolventen Banken in Griechenland, Spanien und Portugal einspringen sollen. Zum anderen wird es mit großer Wahrscheinlichkeit aber auch kontinuierliche Transfers geben. Dabei wird es sich um Dauereinrichtung handeln. Wenn es nämlich irgendwann gelingen sollte, die Währungsunion tatsächlich in ein Gleichgewicht des Schreckens zu bringen, müsste eine Art europäische Wirtschaftsregierung durch permanente Intervention und Umverteilung dafür sorgen, dass die verschiedenen Volkswirtschaften nicht

wieder auseinanderlaufen. Der ESM-Gouverneursrat ist nichts anderes als eine Keimzelle für eine solche EU-Wirtschaftsregierung, die in zentralplanwirtschaftlicher Manier erhebliche Teile des Bruttoinlandsprodukts der Kernstaaten abschöpfen und umverteilen wird. Schon jetzt haben die Politiker begonnen, die Kompetenzen des ESM auszuweiten. Der ESM-Vertrag war vom Bundestag am 29. Juni 2012 in seiner ursprünglichen Fassung noch nicht ratifiziert worden, da hatte sich der materielle Gehalt dieses Vertrags schon radikal verändert. Auf dem EU-Gipfel in Brüssel hatten die Staats- und Regierungschef wenige Stunden zuvor vereinbart, dass der ESM künftig auch Staatsanleihen direkt von den Krisenstaaten erwerben kann und 100 Milliarden Euro für die Bankenrettung in Spanien zur Verfügung stellen soll. Der ESM ist damit über Nacht zur Bad Bank geworden, über den die deutschen Bürger künftig insolvente spanische und auch irische Banken retten sollen. Die 100 Milliarden werden dabei nur der Anfang sein. Die Verbindlichkeiten allein des völlig zerrütteten spanischen Bankensektors werden auf mehrere Billionen Euro geschätzt.

Alternativen

Gibt es zu dieser katastrophalen Perspektive Alternativen? Die gibt es! Die beste Lösung wäre das Ausscheiden von Griechenland, Portugal und Spanien aus der Währungsunion. Die Kosten dieses Schritts wären hoch. Auch für Deutschland. Die Konjunktur würde zunächst einbrechen. Die Arbeitslosenzahlen steigen. Der Bankensektor käme sehr wahrscheinlich um eine Rekapitalisierung durch den Staat nicht umhin. Ein erheblicher Teil der Forderungen gegen die Peripheriestaaten aus Direkthilfen, EFSF-Bürgschaften und TARGET2-Forderungen müsste abgeschrieben werden. Doch all diese Grausamkeiten werden sich ohnehin einstellen. Ohne eine rasche Teilabwicklung der Währungsunion wächst die Fallhöhe immer weiter, und die Schuldenpyramide wird immer wackliger. Jeder verlorene Tag lässt die künftigen Verwerfungen nur noch größer werden. Ein Ende mit Schrecken ist auch in diesem Fall einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen. Die Politik hat

schon genug Zeit verstreichen lassen. Letztlich handelt es sich um eine riesengroße Insolvenzverschleppung zum Schaden der deutschen, niederländischen und finnischen Steuerzahler. Hätte die Bundesregierung dagegen im Frühjahr 2010 die Reißleine gezogen und nicht mit ihrer Zustimmung für immer neuen „Rettungsmaßnahmen“ die Lösung der Krise weiter hinausgezögert, wäre der Schaden viel geringer gewesen und wir hätten das Schlimmste schon hinter uns.

Nun, gute zwei Jahre später, sind die Aussichten schlechter als je zuvor. Folgendes müsste die Politik jetzt tun, um das Schlimmste zu verhindern. Als erstes sollte die Ausfertigung des ESM-Gesetzes durch den Bundespräsidenten unterbleiben. Die in Aussicht gestellten ESM-Mittel dürfen nicht zur Verfügung gestellt werden. Ebenso ist die Vergabe von weiteren Hilfskrediten durch den EFSF zu blockieren. Und schließlich müsste die Bundesregierung die EZB ultimativ auffordern, bei Refinanzierungskrediten ab sofort wieder die alten hohen Besicherungsstandards anzuwenden. Würde dem nicht umgehend Folge geleistet, sollte die Bundesregierung zunächst mit einer Politik des leeren Stuhls drohen und die deutschen Vertreter dazu auffordern, sich aus dem EZB-Direktorium zurückzuziehen. Zugleich müsste mit der Wiedereinführung der D-Mark gedroht werden. Um dem Ganzen Nachdruck zu verleihen, sollte dieser Schritt parallel vorbereitet werden. Dieses Vorgehen würden dazu führen, dass Griechenland, Portugal und Spanien aus dem Euro austräten. Zugleich würde der Druck auf Irland, Frankreich und Italien erhöht, die erforderlichen Strukturreformen anzugehen, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften wiederherzustellen und damit im Euro bleiben zu können. Im Gegensatz zu Griechenland, Portugal und Spanien können Frankreich, Italien und Irland die erforderliche Anpassung durch eigene Reformanstrengung nämlich durchaus leisten. Der komplette Zerfall der Währungsunion würde so für das Erste vermieden. Die EU als gemeinsamer Binnenmarkt hätte selbstverständlich weiter Bestand. Der Euro würde durch das Ausscheiden der Krisenstaaten aufwerten. Das wäre für die deutsche Exportindustrie ein Nachteil, aber für die Binnenwirtschaft ein Segen. Die Bürger könnten sich über einen Realeinkommensgewinn freuen und wieder

mehr Geld ausgeben. Nach dem ersten Schock würden die Arbeitslosenraten rasch wieder sinken und mittelfristig sehr wahrscheinlich sogar unter das jetzige Niveau fallen, weil in Deutschland die strukturellen Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum gegeben sind und das Kapital dafür zur Verfügung steht. Die Exportindustrie ist im übrigen nicht so preiseempfindlich wie immer wieder behauptet wird. In vielen Bereichen sind die deutschen Unternehmen Technologieführer, d.h. sie können ihre Preise auf dem Weltmarkt durchsetzen, so wie auch schon zu D-Mark-Zeiten. Das Wechselkursrisiko hat im übrigen auch nicht verhindert, dass in den letzten Jahren der Export ins Nicht-Euro-Ausland gegenüber dem in die Eurozone immer bedeutender wurde.

Eigentlich müsste diese Politik der Schadensbegrenzung für die Bundesregierung selbstverständlich sein. Die Bundeskanzlerin und jedes Mitglied ihres Kabinetts haben geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Seit gut zweieinhalb Jahren macht die Bundesregierung mit Unterstützung der Koalitions- aber auch der Oppositionsparteien im Bundestag das glatte Gegenteil. Das Projekt Euro soll gerettet werden, koste es was es wolle. Dafür werden den Bürgern immer monströsere Lasten aufgebürdet, ohne dass der eingeschlagene Weg die Chance bietet, die Krise zu lösen. Wie im Wahn wird an der Euro-Ideologie festgehalten und der Weg in die Schulden- und Transferunion gegangen.

Kapitel 4: Wie das Festhalten am Euro Demokratie, Frieden und Rechtsstaat zerstört

Die Bilanz des Euros ist eine Bilanz des Schreckens. Die ökonomischen Schäden, die diese Experiment schon jetzt verursacht hat, sind gewaltig und gehen in die Billionen. Namentlich für den deutschen Durchschnittsbürger hat der Euro in den zurückliegenden Jahren massive Nachteile in Form von Reallohnverluste gebracht, die sich heute auf 15 bis 20 Prozent des jährlichen Einkommens belaufen. Doch damit nicht genug: die große Abschlussrechnung steht erst noch bevor. Schon heute steht Deutschland mit über 1000 Milliarden Euro im Risiko. Und täglich wird es mehr. Vielen Bürgern droht trotz jahrzehntelanger Vorsorge die Altersarmut. Aber auch die vermeintlichen Nutznießer der Gemeinschaftswährung in den Peripheriestaaten stehen heute schlechter da als vor dem Beitritt zur Währungsunion. Nach Jahren einer wilden Konsumparty auf Pump sind ihre wirtschaftlichen Strukturen vollkommen zerrüttet. Griechenland ist ökonomisch auf den Stand von 1982 zurückgefallen, Spanien auf den Stand von 1991.

Doch nicht nur ökonomisch ist der Euro ein Desaster. Auch Demokratie und Rechtsstaat werden durch die Gemeinschaftswährung schwer beschädigt. In ihrem Bestreben, den Euro zu retten, koste es was er wolle, maximieren Europas Politiker nicht nur die wirtschaftlichen Schäden, sondern haben auch längst den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit über Bord geworfen. Das Kippen des Bail-Out-Verbots ist nur ein Beispiel von vielen. In Europa herrscht heute die Willkür der Exekutive. Überall tun sich inzwischen Verfassungskonflikte auf. Das gilt nicht zuletzt für Deutschland. Die Logik der Euro-„Rettung“ verlangt nach einer supranationalen, zentralistischen Wirtschaftsregierung, die beachtliche Teile des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands, der Niederlande und Finnlands abschöpft und umverteilt. Da die Steuerzahler nicht unbegrenzt geschröpft werden können, muss eine solche

Wirtschaftsregierung große Teile des existierenden Steuerkuchens an sich ziehen. Die Hauptleittragenden werden die Kommunen sein, weil sie in der Hackordnung des dreigliedrigen Staatsaufbaus ganz unten stehen. Ihre Finanz- und damit auch ihre Gestaltungsautonomie wird wohl massiv beschnitten werden. Die in Deutschland sogar durch das Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung – ein zentraler Eckpfeiler unserer Gesellschaftsordnung, ja unserer westlichen Kultur – wäre dann Vergangenheit. Doch damit nicht genug. Die Wirtschaftsregierung müsste auch direkt in zahlreiche Grundrechte eingreifen, um die ökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der Währungsunion permanent auszutarieren. Beispielweise müsste in Deutschland die Tarifautonomie ausgehebelt werden, um einer zentral gesteuerte Lohngesetzgebung Platz zu machen. Legitimität würden die Bürger einer solchen zentralen Wirtschaftsbehörde ohnehin nicht zubilligen. Auf kurz oder lang würde dieses Legitimitätsdefizit weitere Zwangsmaßnahmen und Beschneidungen von Freiheitsrechten nach sich ziehen – etwa um dem absehbaren Erosionsprozess der Steuermoral zu begegnen.

Wie der Euro den Frieden in Europa bedroht

Deutschlands politische Klasse hat mit der Einrichtung supranationalistischer Zentralbehörden indessen keine Probleme. Manche Politiker erblicken in der Eurokrise sogar die Chance, „mehr Europa“, realisieren zu können. Die Abwicklung der Restbestände nationaler Souveränität ist hierzulande inzwischen zur Staatsdoktrin geworden. Die Motive dafür liegen in der Historie. Nach den monströsen Verbrechen des NS-Regimes will man alles besser machen. Doch bei der Aufarbeitung der eigenen Geschichte leistet man sich einen kapitalen intellektuellen Kurzschluss: Dieser zentrale Denkfehler besteht in der Gleichsetzung von Nationalstaat mit Nationalismus. Man glaubt mit der Auflösung des Nationalstaats eine bessere Ordnung für Europa bauen zu können. Doch das ist nicht einmal eine schöne Utopie – es nur die große Lebenslüge des politischen Establishments der Bundesrepublik Deutschland.

Der elementare Zusammenhang zwischen Demokratie und Nationalstaat wird von Deutschlands politischer Klasse und einem Großteil der hiesigen Meinungsmacher vollkommen ignoriert. Übersehen wird dabei vor allem, welche große Rolle die Sprache für die politische Realität auf diesem Kontinent spielt. Die europäischen Nationalstaaten, so wie sie in den zurückliegenden 200 Jahrhunderten herausgebildet haben, sind letztlich nichts Anderes als politische Gemeinschaften, die sich durch eine gemeinsame Kultur und Sprache definieren. Die Staatsgrenzen in Europa decken sich im Großen und Ganzen mit den Sprachgrenzen. Das ist kein Zufall. Das Vorhandensein einer Sprachgemeinschaft ist geradezu konstitutiv für den Nationalstaat. Nur auf der Basis einer gemeinsamen Sprache kann eine Öffentlichkeit existieren. Nur wo eine gemeinsame Sprache existiert, kann der gemeinsame Diskurs seine gemeinschaftsstiftende Kraft entfalten. Diese gemeinschaftsstiftende Kraft des gemeinsamen Diskurses war und ist so stark, dass in Europa – und nicht nur dort – die Nationalstaaten in den letzten zwei Jahrhunderten aufgrund ihrer überlegenen Kohärenz an die Stelle der alten Imperien und Vielvölkerstaaten getreten sind. Und diese gemeinschaftsstiftende Kraft ist zugleich die Bedingung dafür, dass Demokratie und Sozialstaat überhaupt möglich sind! Denn nur wo die gemeinschaftsstiftende Kraft des gemeinsamen Diskurses existiert, besteht überhaupt die Chance, dass sich die in einer demokratischen Abstimmung unterlegene Gruppe Mehrheitsbeschlüssen freiwillig fügt und diese als legitim anerkennt. Nur dort kann sich auch ein belastbares Zusammengehörigkeitsgefühl herausbilden, das dafür sorgt, dass dauerhaft große Teile des Bruttoinlandsprodukts innerhalb eines Staates von den wohlhabenderen Regionen und Bevölkerungsteilen zu den weniger wohlhabenden umverteilt werden kann, ohne Widerstand hervorzurufen. Die gemeinsame Sprache ist deshalb die notwendige - wenngleich nicht hinreichende - Bedingung für das dauerhafte Funktionieren von Demokratie und sozialem Rechtsstaat.

Belege für diese These gibt es in Europa zuhauf. Überall dort wo innerhalb eines Staates Sprachminderheiten regional die Majorität bilden und sich zwischen ihnen und der Mehrheitsbevölkerung ökonomische

Unterschiede aufzutun, sind ethnische Spannungen vorprogrammiert. Wenn sich die ökonomische Situation einer Minorität besser darstellt, als die der Mehrheitsbevölkerung, und die Minorität zum Nettozahler innerhalb eines umverteilenden Zentralstaats wird, ist regelmäßig Separatismus die Folge. Reagiert der Zentralstaat dann mit Repression, explodieren Bomben. Das Baskenland ist ein typisches Beispiel. Ein anderes Exempel ist – oder besser war – Südtirol. Südtirol zeigt nämlich auch, was getan werden muss, um sprachlich-ethnisch begründete Spannungen innerhalb eines Staatswesens zu entschärfen. In Südtirol gilt heute ein Autonomiestatut. Dieses Autonomiestatut legt u.a. fest, dass Südtirol seine Belange zum Großteil selbst regeln darf und dass 90 Prozent aller Steuereinnahmen, die in Südtirol erhoben werden, auch dort verbleiben.

Aber gibt es nicht auch Gegenbeispiele für die These von der konstitutiven Bedeutung einer gemeinsamen Sprache für das Funktionieren von Demokratie und Wohlfahrtsstaat in Europa? Belegen nicht Belgien und die Schweiz, dass Mehrsprachigkeit und Nationalstaat sich nicht ausschließen müssen? Zunächst zu Belgien: Das Land ist bei näherer Betrachtung nur ein weiterer Beweis dafür, dass ein funktionierender Nationalstaat nicht mehrsprachig verfasst sein kann. Belgien befindet sich in einem kontinuierlichen Zerfallsprozess und zwar genau entlang seiner Sprachgrenze. Flamen und Wallonen beäugen sich argwöhnisch. Von einem funktionierenden Miteinander kann keine Rede sein. Der belgische Staat wird von regionalen Seilschaften, Klientelgruppen und einem komplizierten, immer weiter wuchernden Proporzregelwerk zusammengehalten, das fein säuberlich nach Sprachgruppenzugehörigkeit unterscheidet und Posten und ökonomische Chancen zuteilt. Die einzige wirkliche Ausnahme stellt die Schweiz dar, aber auch sie eignet sich nicht als Gegenbeleg, weil ihr Staatsaufbau sie von allen anderen westlichen Staaten grundlegend unterscheidet. Die Schweiz zeichnet sich durch die Trias von starker Finanzautonomie der Gemeinden und Kantone, ausgeprägter Subsidiarität und einer durch starke plebiszitäre Elemente geprägten parlamentarischen Demokratie aus. Der Schweizer Bürger lebt seine Demokratie in seiner Kommune und in seinem Kanton. Diese

besitzen weitgehende Regelungskompetenzen. Die politischen Befugnisse des Bundes sind dagegen relativ gering ausgeprägt. Die staatliche Umverteilung innerhalb der Schweiz, namentlich die interkantonalen Transferströme, ist, gemessen am BIP, viel geringer als beispielsweise der deutsche Länderfinanzausgleich. Die Schweiz funktioniert als Nationalstaat – und sie funktioniert sogar besser als jedes andere staatliche Gemeinwesen dieser Welt – weil sie jenes Autonomieprinzip, das auch in Südtirol für Frieden sorgt, zum Staatsgrundsatz gemacht hat.

Der kurze Blick auf den Zusammenhang von gemeinschaftsstiftendem Diskurs auf Basis einer gemeinsamen Sprache, Staatsaufbau und dem Funktionieren von Demokratie sowie staatlicher Umverteilung macht deutlich, welches ungeheure Konfliktpotential in Europa entstünde, wenn eine Fiskal- und Schuldenunion etabliert und jene gewaltige zentrale Wirtschaftsbehörde geschaffen würde, die notwendig wäre, um den Euro dauerhaft zu stabilisieren. Diese Behörde ließe sich auch nicht einfach durch formale Wahlakte demokratisch legitimieren, denn es gibt aufgrund der Sprachvielfalt in Europa schlicht keine europäische Öffentlichkeit auf deren Grundlage Demokratie gelebt werden kann – und das wird auch auf absehbare Zeit so bleiben. Würde ein dauerhafter Transfermechanismus über die Eurozone gespannt, wäre mit separatistische Unruhen bis hin zu Sezessionskriegen nach dem Muster Ex-Jugoslawiens zu rechnen.

Schon heute ist der Euro die größte Bedrohung des Friedens in Europa. Nichts könnte falscher sein als der Satz Angela Merkels, wonach Europa scheitern würde, wenn der Euro scheitert. Es ist der Euro, der die Völker Europas auseinandertreibt. Durch die Einheitswährung sind freundschaftlichen Beziehungen zwischen Nationen in Schuldner-Gläubiger-Verhältnisse überführt worden. Was noch vor drei Jahren niemand für denkbar hielt, hat der Euro möglich gemacht: Hass, Verachtung und Misstrauen zwischen den Nationen sind wieder Alltag in Europa. Die Euro-Apologeten mögen noch so oft Verkünden, dass ohne die gemeinsame Währung Europa wieder der Krieg drohe. Dieses Gerede ist lächerlich – als ob zwischen Schweden und

Dänemark ein militärischer Konflikt droht, weil beide Länder klugerweise an ihrer eigenen nationalen Währung festgehalten haben. Vielmehr ist das Gegenteil richtig: Wenn die Währungsunion in ihrer jetzigen Form bestehen bleibt, sind blutige Konflikte innerhalb Europas wahrscheinlich.

Vorwärts in die Vergangenheit: Der Gang in die Postdemokratie

Das politische Establishment in Berlin, Paris und Brüssel lässt sich von diesen hässlichen Perspektiven indessen nicht schrecken. Eine zentrale Wirtschaftsbehörde wird sogar als Hebel gesehen, mit dem sich die EU in Richtung eines bundesstaatsähnlichen Gebildes transformieren ließe. Nur so glaubt man in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts gegen die großen Akteure USA, China, Russland, Indien und Brasilien bestehen zu können. Tatsächlich sind Macht und Einfluss auf der Weltbühne nicht unwichtig für die Sicherung des Wohlstands. Wenn es darum geht, die Spielregeln und Standards des Welthandels festzulegen, ist ein konzertiertes Vorgehen der Europäer unbedingt erforderlich. Allerdings würde dafür die EU in ihrer herkömmlichen Form völlig ausreichen. Werner Abelshausen, der Doyen der deutschen Wirtschaftsgeschichte kommt in der F.A.Z. zu folgendem Urteil: „Ideal für Deutschland ist ein Integrationsziel unterhalb der Ebene einer supranationalen Verfassung, das gleichwohl einheitliche Verhältnisse auf dem EU-Binnenmarkt garantiert und damit eine sichere wirtschaftliche Basis. Dies würde nicht mehr Europa bedeuten, sondern die Aufgabe stellen, den Status quo abzusichern.“

Das vom politischen Establishment angestrebte supranationale Gebilde namens Vereinigte Staaten von Europa hat keinerlei fortschrittlichen Charakter. Mit seinem inhärenten Zentralismus ist es ganz und gar uneuropäisch. Die Umriss, die sich schon jetzt abzeichnen, erinnern eher an das postdemokratische Russland Putins oder gar an die UdSSR. Dieser Verrat an der Idee eines einigen, freien, rechtsstaatlichen und demokratischen Europas ist das Werk des Euros und seiner Anhänger. Das deutsche Volk ist

aufgerufen, dem Treiben dieser Kreise ein Ende zu machen. Es darf nicht sein, dass die „Eliten“ aus ideologischer Verblendung dieses Land, ja diesen Kontinent zum dritten Mal binnen 100 Jahren in eine Katastrophe führen.

Matthias Elbers

Frankfurt am Main im Juni 2012

matthias.elbers@gmx.de